

VERBANDSBERICHT 2005

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	1
I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES	5
1. BANK- UND BANKAUFSICHTSRECHT	5
1.1. BWG-Novellen	5
1.2. Gruppenklage im österreichischen Recht.....	6
1.3. Finanzmarktaufsichts-Änderungsgesetz 2005.....	7
1.4. FMA – Mindeststandards für das Kreditgeschäft (FMA-MSK)	8
1.5. FMA – Empfehlungen für Fremdwährungskredite	8
1.6. Fokus-Studie.....	9
1.7. ROM / COREP.....	10
2. STEUERRECHT	11
2.1. EU-Zinsenrichtlinie.....	11
2.2. IAS / IFRS.....	11
2.3. Mehrwertsteuer auf Finanzdienstleistungen	12
2.4. Gebührenrecht.....	13
3. ZAHLUNGSVERKEHR	13
3.1. Zahlungsverkehr – Das „New Legal Framework“ der EU	13
3.2. Phishing.....	15
4. KOLLEKTIVVERTRAG	16
5. VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN / OMBUDSMANN	17
5.1. OGH-Sparzinsurteil.....	18
5.2. Verbraucherkredit-Richtlinie	19
5.3. Verbraucherbehördenkooperationsgesetz	19
6. EUROPÄISCHE UNION	20
6.1. EU-Finanzdienstleistungspolitik bis 2010	20
6.2. Basel II / Brüssel II	21
6.3. Grünbuch Hypothekarkredit	21
6.4. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	22
6.5. MiFID	23
II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	24
1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD	24
1.1. Zinsen und Währung.....	25
1.2. Aktien- und Rentenmärkte	25
1.3. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditwirtschaft	25
1.4. Geschäftsentwicklung des Sektors	26
2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2005	31
2.1. HYPO-BANK BURGENLAND AG	31
2.2. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG	33
2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG.....	35
2.4. NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK-HYPOTHEKENBANK AG	37

HYPO-VERBAND 2005

2.5.	OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG.....	39
2.6.	SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	40
2.7.	LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	42
2.8.	HYPOTHEKENBANK TIROL AG	43
2.9.	VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	44
3.	GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN	46
3.1.	Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	46
3.2.	Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.	47
3.3.	Hypo-Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.....	47
3.4.	Hypo-Wohnbaubank AG	49
III.	GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS.....	50
1.1.	Freier Verband.....	50
1.2.	Fachverband.....	51
1.3.	Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.....	51
1.4.	Hypo-Bildung	52
IV.	INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN	55
1.1.	Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)	55
1.2.	Deutschland.....	55
1.3.	Schweiz	55
V.	ORGANE	56
VI.	ZWEIGSTELLEN.....	61

VORWORT DES PRÄSIDENTEN

Die europäische Wirtschaft war im Jahr 2005 von einer Phase leichter wirtschaftlicher Erholung geprägt, die allerdings von steigenden Rohstoffpreisen und einer beginnenden Beschleunigung der Inflation beeinträchtigt wurde. Die steigenden Inflationsrisiken sowie das rasche Kreditwachstum veranlassten die EZB, den Euro-Leitzinssatz erstmals seit fünf Jahren auf 2,25 % anzuheben. Ein weiterer Zinsschritt erfolgte im März 2006.

In der österreichischen Kreditwirtschaft war das Jahr 2005 von einem starken Bilanzsummenwachstum von 11 % geprägt, womit der Trend des Jahres 2004 fortgesetzt wurde. Insgesamt erreichte die kumulierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute ein Volumen von 725 Mrd. Euro. Die Entwicklung des Neukreditgeschäfts erreichte mit einer Zunahme von 4,7 % nicht ganz den Wert des Vorjahres. Die Ergebnislage der Banken verbesserte sich deutlich, das erwartete EGT wird bei 4 Mrd. Euro liegen.

In diesem Umfeld haben sich die Hypos auf den bevorstehenden Wegfall der Landeshaftungen ab 1.4.2007 vorzubereiten. Bekanntlich endet mit diesem Datum die zwischen der Europäischen Kommission und der österreichischen Bundesregierung vereinbarte vierjährige Übergangsfrist für die Abschaffung von öffentlichen Haftungen für Kreditinstitute.

Die Hypos schätzen ihre Chancen auf dem österreichischen Bankenmarkt auch ohne Haftung der Länder positiv ein. Sie haben sich als leistungsfähige Regionalbanken mit Fokus auf den Mittelstand und den Wohnbau etabliert. Ihre Stärke liegt in der Nähe zum Kunden und in der besonderen regionalen Verankerung.

Als Institute mit traditionell schlanken Strukturen sind die Hypos allerdings von den mit der Umsetzung von neuen Regulierungsmaßnahmen verbundenen Kostenbelastungen besonders betroffen. Die über Initiative der Bundeskreditsparte erstellte Studie der FOKUS Management Consulting AG, St. Gallen über die Kostenauswirkungen von Regularien war daher für den Hypo-Sektor besonders aufschlussreich. Die Studie zeigt auf Grund von Datenerhebungen einen klaren Aufwärtstrend der regulatorischen Gesamtkostenbelastung seit 2001 und zwar eine Erhöhung um den Faktor 2,4 zwischen 2001 und 2004. Darüber

hinaus prognostiziert die Studie eine weitere Zunahme der regulatorischen Kostenbelastung in den nächsten Jahren.

Die Kreditwirtschaft ist einer der am stärksten beaufsichtigten Wirtschaftszweige. Angesichts dessen muss es klares Ziel sein, sowohl eine Entlastung bei den bestehenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften herbeizuführen als auch zukünftige Regularien auf das absolut notwendige Maß zu beschränken.

Auf europäischer Ebene ist daher die im Weißbuch der EU-Kommission zur Finanzdienstleistungspolitik für die kommenden fünf Jahre angekündigte Konsolidierung der bereits erreichten Integrationsschritte, verbunden mit einer „Regulierungspause“ zu unterstützen. Verstärktes Augenmerk ist nun auf die Umsetzung bereits bestehender Richtlinien in den Mitgliedstaaten, und hier insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten zu richten. Hier ist daran zu erinnern, dass Österreich bei der Umsetzung von Richtlinien jeweils eine Spitzenstellung einnimmt.

In meiner letzten Funktionsperiode als Präsident wünsche ich allen Hypos, den gemeinsamen Töchtern und dem Hypo-Verband auf ihrem Weg viel Erfolg. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den gezeigten Einsatz und die große Leistungsbereitschaft.

Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
Präsident

VORWORT DES GENERALESEKRETÄRS

Der Hypo-Verband war auch 2005 wieder mit einer Vielzahl von kreditwirtschaftlichen Themen und Entwicklungen konfrontiert, darunter so wichtige Themen wie die Umsetzung von Basel II, die mit dem Aktionsplan Finanzdienstleistung im Zusammenhang stehenden Themen, die Entwicklung des europäischen Zahlungsverkehrs, Meldewesen, Verbraucherthemen, aber auch die Weiterentwicklung des Hypo-Kollektivvertrages und vieles mehr.

Besonders ein kleiner Verband steht angesichts der Fülle dieser Themen immer wieder vor der Herausforderung, diejenigen Kernthemen rechtzeitig zu erkennen, die für die Mitgliedsinstitute und ihre strategischen Interessen von besonderer Wichtigkeit sind. Gleichzeitig darf der Überblick über Fach- und Spezialthemen nicht verloren werden. Dass der Verband hier einen wichtigen Ansprechpartner für seine Mitglieder darstellt, zeigen die vielfältigen Anfragen aus den verschiedensten Fachbereichen der Hypo-Banken.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit aller Kreditinstitutsverbände im Rahmen der Bundeskreditsparte unter der Federführung von Herrn Syndikus Dr. Pichler ein wichtiges und unverzichtbares Element des Interessenausgleichs und der Koordination der gemeinsamen Interessen.

Im abgelaufenen Jahr hat sich Mag. Bernhard Freudenthaler besonders für Fragen der zukünftigen Entwicklung des europäischen Zahlungsverkehrs und des Meldewesens eingesetzt. Weiters wurde die Erarbeitung eines Leitfadens zur Bekämpfung der Geldwäsche abgeschlossen.

Mag. Gudrun Mühlbeck verstärkt seit Jänner 2006 das Verbandssekretariat und ist hauptsächlich mit bankrechtlichen Themenstellungen sowie mit Verbraucherfragen befasst.

Unter der Leitung von Mag. Wolfgang Wild hat die Hypo-Bildung die Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung mit insgesamt über 2.300 Teilnehmertagen erfolgreich durchgeführt. Darüber hinaus hat die Hypo-Bildung zahlreiche Seminare zu speziellen Fachthemen angeboten und ihre Aktivitäten im Bereich E-learning verstärkt.

Eine besondere Herausforderung für alle Mitarbeiter war die Mitte 2005 begonnene und Anfang 2006 abgeschlossene Zusammenlegung der Geschäftsleitung und des Emissionsgeschäfts sowohl der Pfandbriefstelle als auch der Hypo-KAG von Vorarlberg nach Wien, die mit erheblichen Umbauarbeiten und organisatorischen Änderungen verbunden war.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandssekretariats für ihr hohes Engagement bei der Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben. Weiters bedanke ich mich bei allen Vorständen und Mitarbeitern der Hypo-Banken, die uns für unsere Arbeit wertvolle Unterstützung geliefert haben.

Dr. Christoph Hiesberger
Generalsekretär

I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES

1. BANK- UND BANKAUFSICHTSRECHT

1.1. BWG-Novellen

Ende des Jahres wurde den Verbänden der erste Begutachtungsentwurf zur Umsetzung der neuen EU-Eigenmittelvorschriften ins BWG sowie die Verordnungen dazu vorgestellt. Mit dieser Novelle wird die nationale Umsetzung von Basel II, die bis Ende 2007 zu erfolgen hat, zeitgerecht durchgeführt. Die für die Begutachtung vorgesehene Frist war angesichts des Umfangs, der Komplexität und der enormen Wichtigkeit des Projekts für den Finanzplatz äußerst kurz. Von Seiten aller Verbände wurde gefordert, die in der Richtlinie vorgesehenen Wahlrechte zugunsten der Kreditwirtschaft in nationales Recht umzusetzen und über die Richtlinie hinausgehende Verpflichtungen zu vermeiden. Zu der im Hinblick auf die erforderliche Flexibilität gewählten Regelungstechnik, wesentliche Bestimmungen der Eigenkapitalunterlegung in einer eigenen Solvabilitätsverordnung zu regeln, wurde auch für künftige Änderungen eine effiziente Mitsprache der Kreditwirtschaft im Sinne einer umfassenden Normenkontrolle gefordert. Im März 2006 wurde der offizielle Begutachtungsentwurf vorgestellt, mit der parlamentarischen Beschlussfassung ist spätestens im Herbst 2006 zu rechnen.

Nachdem die für unseren Sektor wichtige Festschreibung der Nullgewichtung von Treuhandvermögen bereits in der Vorbegutachtung berücksichtigt wurde, bleibt die Einführung einer De-minimis-Regel im Meldewesen eine wichtige Forderung des Hypo-Verbandes. Für im Sinne des Meldewesens unwesentliche Institute soll und muss es Ausnahmen vom sonst so umfassenden Regelwerk Basel II geben. Weiters lässt die Richtlinie - unserer Ansicht nach zu Unrecht - keinen Platz für die Nullgewichtung von Intercompany-Geschäften, also Geschäfte innerhalb derselben Gruppe, wenn sich die Töchter in anderen EU-Mitgliedstaaten befinden. Somit durfte eine solche Bestimmung auch nicht in nationales Recht aufgenommen werden. Der Hypo-Verband sprach sich schließlich auch da-

gegen aus, Forderungen von Unternehmen ohne Erwerbscharakter, also Wasserwirtschaftsfonds, Abfallverbände u.ä., höher als bisher zu gewichten. Der Gesetzgeber wird diesem Anliegen aller Voraussicht nach nachkommen.

In der Frage der Gewichtung der sogenannten Intra Group Exposures wurde von unserem Sektor die Meinung vertreten, dass gegen die Umsetzung der in der Richtlinie gegebenen Möglichkeit, Forderungen innerhalb einer Gruppe unter bestimmten Voraussetzungen mit Null zu gewichten, kein Einwand besteht, sofern die Erfüllung der Voraussetzungen auch entsprechend dokumentiert wird.

Obwohl alle Hypos zu Beginn nach dem Standardansatz vorgehen werden, wurde auch auf die entsprechende Ausgestaltung des IRB-Ansatzes geachtet, da einige Hypos später auf diesen Ansatz umsteigen werden. So wurde beispielsweise der in der Solvabilitätsverordnung vorgesehene Sachsicherheitenkatalog als zu einschränkend kritisiert. Auch in diesem Bereich konnten Erweiterungen erreicht werden.

Da die Richtlinien von Basel II technisch als äußerst komplex zu bezeichnen sind, ist besonderes Augenmerk auf eine praxistaugliche Umsetzung zu legen.

1.2. Gruppenklage im österreichischen Recht

Im September 2005 wurde im Bundesministerium für Justiz eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um Möglichkeiten zur gesetzlichen Regelung von Massenverfahren im Zivilprozess (sogenannte „Gruppenklage“) zu prüfen.

Die österreichische Zivilprozessordnung enthält keine Sonderregelung für Massenklagen. Allerdings wurde in der Praxis die „Sammelklage nach österreichischem Recht“ entwickelt. Dieses Institut, das die Zwischenschaltung eines Verbandes vorsieht, wird jedoch vielfach als Behelfslösung empfunden.

Die bisher von der Arbeitsgruppe vorgelegten Vorschläge sehen die Geltendmachung von Ansprüchen in Form von Einzelklagen vor, die in der Folge vor Gericht gesammelt werden. Im Gruppenverfahren sollen nur die allen Ansprüchen gemeinsamen Fragen geklärt wer-

den, wobei die Diskussion über die nähere Ausgestaltung wesentlicher Aspekte (wie z.B. die Auswahl des Gruppenklagevertreters) noch nicht abgeschlossen ist.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es von großer Bedeutung, einen Missbrauch der Gruppenklage als unzulässiges Druckmittel gegen einen potentiellen Beklagten zu verhindern. Dies setzt voraus, dass die Anspruchssammlung nach Einbringung einer Klage unter gerichtlicher Aufsicht erfolgt. Um zu verhindern, dass die Einzelfallgerechtigkeit dadurch leidet, dass im Rahmen eines Gruppenverfahrens Ansprüche miteinbezogen werden, die im Rahmen von Einzelverfahren anders beurteilt worden wären, müssen die Voraussetzungen für die Verbindung der Einzelklagen restriktiv gewählt werden.

1.3. Finanzmarktaufsichts-Änderungsgesetz 2005

Mit dem FMA-Änderungsgesetz 2005 wird die FMA mit erweiterten Ermittlungsbefugnissen sowie mit strengeren Sanktionsmöglichkeiten für die konzessionslose Ausübung von Bank-, Versicherungs- und Pensionskassendienstleistungen (unabhängig von laufenden Strafverfahren) ausgestattet. Der Strafraum für zum Teil geringe Verstöße gegen Aufsichtsbestimmungen wurde um 50 Prozent angehoben.

Die Kreditwirtschaft hat Verständnis für die Verbesserung des Instrumentariums der Aufsichtsbehörde bei unerlaubtem Geschäftsbetrieb gezeigt, jedoch die allgemeine Erhöhung der Strafraum abgelehnt. Erfolgreich durchgesetzt werden konnte eine Ausnahmebestimmung für Kreditinstitute von dem erst vor kurzem mit einer HGB-Novelle beschlossenen Schriftlichkeitserfordernis von Haftungen, die Kreditinstitute im Rahmen ihres Geschäftsbereiches übernehmen (Garantiegeschäft). Dies hätte zu erheblichen Abwicklungsschwierigkeiten und Zeitverzögerungen in der Praxis geführt, da die seitens einer Bank übermittelten Haftungserklärungen in elektronischer Form (per SWIFT) oder per Fax unwirksam gewesen wären. Für Großveranlagungen bei Zentralregierungen und Zentralbanken der Zone B, die auf nationale Währung des betroffenen Staates lauten, wurde eine 50 vH Gewichtung (statt bisher 100 vH) eingeführt. Am 30. März 2006 wurde das Finanzmarktaufsichts-Änderungsgesetz im Bundesgesetzblatt kundgemacht.

1.4. FMA – Mindeststandards für das Kreditgeschäft (FMA-MSK)

Im April 2005 wurden von der FMA die Mindeststandards für das Kreditgeschäft und andere Geschäfte mit Adressenausfallsrisiken veröffentlicht. In der vorangegangenen intensiven Diskussion mit der Kreditwirtschaft wurde das von der FMA vorgeschlagene Konzept einer Trennung in Markt- und Marktfolge sowie die Zulässigkeit von alternativen Vorgangsweisen zu diesem System intensiv diskutiert. Die vorliegenden Standards wurden nunmehr als Empfehlung der FMA konzipiert, bei deren Umsetzung auf die jeweilige Risikolage des Kreditinstituts Bedacht zu nehmen sein wird. Ziel der Mindeststandards ist die qualitative Weiterentwicklung des Kreditrisikomanagements, die FMA-Mindeststandards stellen insofern Empfehlungen für Methoden zur Erreichung dieser Zielsetzungen dar. Klargestellt wurde, dass die Zielsetzungen auch durch alternative Systeme erreicht werden können, insbesondere ist für Geschäfte mit geringem Risikogehalt eine vereinfachte Umsetzung möglich. Die Empfehlungen werden gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der österreichischen Umsetzungsbestimmungen zu Basel II umzusetzen sein.

1.5. FMA – Empfehlungen für Fremdwährungskredite

Im Jahr 2005 hat die FMA mit der Prüfung der Richtlinien für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und von Krediten mit Tilgungsträgern aus dem Jahr 2003 begonnen. Ziel der FMA-Empfehlungen ist die Beobachtung risikorelevanter Ereignisse und die Darstellung der Risikotragungsfähigkeit der Kreditinstitute für Fremdwährungskredite.

Der Anteil der Fremdwährungskredite in Österreich ist im Vergleich zu anderen Ländern vor allem im Bereich der privaten Haushalte überdurchschnittlich, wobei festzuhalten ist, dass der Fremdwährungskredit als solcher kein Spekulationsgeschäft darstellt. Abhängig von der Produktausgestaltung kann durch entsprechende Elemente wie eine kurze Roll-over-Periode eine äußerst attraktive Alternative zu Euro-Krediten dargestellt werden. Von den Hypos werden Fremdwährungskredite nur dann angeboten, wenn die Belastung für den Kunden gleichzeitig in Euro darstellbar ist.

Die FMA-Richtlinien haben damit noch größere Transparenz in diesem Segment der Finanzierung geschaffen. Der Anteil der Fremdwährungsfinanzierung gemessen an der Gesamtfinanzierung hat sich österreichweit auf 20,2 % ausgeweitet. Der Großteil wurde dabei in Schweizer Franken, gefolgt von Yen, abgewickelt.

Die im Vorjahr angekündigte Datendrehscheibe zwischen Banken und Versicherungen zum besseren Informationsaustausch und zur Erfüllung der FMA-Vorgaben lief im Berichtsjahr erfolgreich an.

1.6. Fokus-Studie

Angesichts der ständig steigenden Zahl an zusätzlichen gesetzlichen Verpflichtungen, die sich sowohl durch den EU-Aktionsplan für Finanzdienstleistungen als auch durch heimische bankenaufsichtliche Regularien ergeben, hat die Kreditwirtschaft zusammen mit der Kreditsparte der WKÖ eine empirische Studie durch das renommierte Institut Fokus Management Consulting in St. Gallen in Auftrag gegeben. Ziel war es, die Kosten dieser Regularien zu erheben. Mit der Erhebung der Daten wurde bereits 2004 begonnen, um eine möglichst repräsentative und breite Datenbasis zu erstellen.

Die wichtigsten Ergebnisse waren dabei, dass der österreichischen Kreditwirtschaft ein regulatorischer Mehrkostenaufwand in der Prüfungsperiode von 220 Mio. Euro entstand. Für die Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben müssen 2.500 Vollzeitmitarbeiter mehr beschäftigt werden. Hauptkostentreiber waren naturgemäß die Vorbereitungsarbeiten für die Basel II-Umsetzung. Daneben gibt es aber eine stark steigende Zahl weiterer regulatorischer Vorschriften. Damit wurden rund 5,3 % des Betriebsergebnisses aufgezehrt.

Die Kreditwirtschaft ist damit einer der am stärksten beaufsichtigten Wirtschaftszweige. Angesichts dessen muss es klares Ziel sein, sowohl eine Entlastung bei den bestehenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften herbeizuführen als auch zukünftige Regularien auf das absolut notwendige Maß zu beschränken.

1.7. ROM / COREP

Im Zuge von Basel II und vor der Einführung von IAS für auf dem europäischen Kapitalmarkt zugelassene Unternehmen war es für die Aufsicht notwendig geworden, das bisherige Meldewesen tiefgreifend strukturell zu verändern. Die Begriffe ROM und COREP stehen für „Risikoorientiertes Meldewesen“ und „Common European Reporting“, also ein gemeinsames europäisches Meldewesen.

Zu diesem Zweck wurden von der OeNB und FMA gemeinsam mit Vertretern aller Bankensektoren Arbeitsgruppen nach Schwerpunkten gegründet, die die Vorarbeit dazu leisten sollten:

- GKE – Großkreditevidenz
- Markt- und Liquiditätsrisiko
- Konzern- und Auslandstöchter (Bilanzdaten, Kreditvolumen, Eigenmittel)
- Basel II – Säule I (Solvabilität, Verbriefungen, operationelles Risiko)
- Basel II – Säulen II und III

Die Bankenvertreter forderten von Beginn an, die notwendigen Anpassungen an Basel II auf das Wesentliche zu beschränken und Redundanzen aus früheren Perioden bei dieser Gelegenheit zu beseitigen. Weiters sollten die Begrifflichkeiten und damit einhergehende Meldegrenzen in allen Bereichen vereinheitlicht werden.

Seither konnten in vielen Bereichen wesentliche Erleichterungen und Reduktionen erzielt werden, wenngleich auch der Umfang die jetzigen Meldevorschriften um ein Vielfaches übersteigen wird. Bei einigen Forderungen konnten die Bankenvertreter bei der Aufsicht nicht durchdringen, so z.B. bei der Darstellung der Kredite unter der GKE-Grenze von 350.000,-- Euro.

Durch die bevorstehende Umstellung auf IAS ergeben sich speziell für die Hypos Mehraufwendungen, die mit einer Ausnahmeoption im Meldewesen abgedeckt werden könnten. Den gleichen Effekt erzeugen Konzernmeldungen, die unwesentliche Töchter nicht mit umfassen würden.

Der Hypo-Verband hat Erleichterungen in diesen Teilbereichen zu seiner zentralen Forderung gegenüber der Aufsicht erhoben. Die Verhandlungen darüber gehen zusammen mit der Abstimmung des Basel II-Konzepts im laufenden Jahr weiter.

2. STEUERRECHT

2.1. EU-Zinsenrichtlinie

Nach der Verschiebung des ursprünglichen Termins sind die Richtlinie sowie alle Abkommen mit Drittstaaten planmäßig am 1. Juli 2005 in Kraft getreten. Die Zinsenrichtlinie regelt die Besteuerung privater Zinserträge, die an Ansässige in anderen Mitgliedstaaten fließen. Gemäß dem erzielten Kompromiss findet mit Ausnahme von Österreich, Belgien und Luxemburg zwischen den Mitgliedstaaten ein automatischer Informationsaustausch über Zinszahlungen statt. In diesen drei Ländern wird stattdessen eine Quellensteuer eingehoben, die zu 75 % an den Heimatstaat des Anlegers abzuführen ist. Die Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco und Andorra haben sich zur Umsetzung gleichwertiger Maßnahmen verpflichtet. In Österreich wurde die Richtlinie durch das EU-Quellensteuergesetz umgesetzt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe werden Fragen betreffend die unterschiedliche Umsetzung in den Mitgliedstaaten erörtert, die auf den relativ weiten Zinsbegriff in der Richtlinie zurückzuführen sind.

2.2. IAS / IFRS

Die Europäische Kommission hat mit der Verordnung 1606/2002 zur Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze festgesetzt, dass am geregelten Kapitalmarkt zugelassene europäische Unternehmungen ab 1. Jänner 2005 in ihrem Konzernabschluss die IAS/IFRS anwenden müssen. Diese EU-Verordnung ist als Grundlagenentscheidung konzipiert. Die verbindliche Übernahme der einzelnen vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen Standards in europäisches Recht hat im Rahmen eines gesonderten Komitologieverfahrens zu erfolgen.

Beim wichtigsten Standard IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ konnte endlich eine Einigung zur Anwendung der uneingeschränkten „Fair Value“-Option und die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften („Hedge Accounting“) erreicht werden. Das für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissionsmitglied Charles McCreevy begrüßte diese Entscheidung, da ihm bewußt war, wie dringend die Unternehmen eine Klärung für die Übernahme der geänderten Standards benötigten. Somit entsprechen die von der Kommission übernommenen Rechnungslegungsstandards in jeder Hinsicht den IASB-Standards. Die Übernahme erfolgt rückwirkend per 1. Jänner 2005.

2.3. Mehrwertsteuer auf Finanzdienstleistungen

Nach einer Mitteilung vom Oktober 2005 über die Modernisierung der Mehrwertsteuer-Vorschriften hat die Europäische Kommission im März 2006 Konsultationen zur Reform der Gemeinschaftsgesetzgebung über die mehrwertsteuerliche Behandlung von Finanzdienstleistungen eröffnet.

Die in der 6. Mehrwertsteuerrichtlinie aus dem Jahr 1977 geregelten Vorschriften nehmen den Banken- und Versicherungssektor von der Mehrwertbesteuerung aus. Überlegungen in der Vergangenheit, die Steuerbefreiung für Finanzdienstleistungen abzuschaffen, wurden bisher aufgrund des Widerstandes der Mitgliedstaaten und der Wirtschaftsteilnehmer nicht weiter verfolgt. Im vorliegenden Konsultationspapier werden zu den Erschwernissen des derzeitigen MwSt-Systems für die Kreditinstitute die Definition der mehrwertsteuerbefreiten Dienstleistungen, die versteckte Mehrwertsteuer in Umsätzen bei Geschäften zwischen Unternehmern sowie Probleme bei der Ermittlung abziehbarer Vorsteuern gezählt.

Als Ergebnis der Konsultationen wird die Kommission den Entwurf eines Rechtsaktes präsentieren, mit welchem die Mehrwertsteuervorschriften an die Fortschritte bei der Integration der europäischen Finanzdienstleistungsmärkte angepasst werden sollen.

2.4. Gebührenrecht

Der Ministerrat hat am 20. April 2006 die Regierungsvorlage des Betrugsbekämpfungsgesetzes 2006 beschlossen und dem Nationalrat zur parlamentarischen Behandlung vorgelegt. Das Betrugsbekämpfungsgesetz 2006 sieht Maßnahmen vor, die die steuer- und zollrechtliche Betrugsbekämpfung effizienter machen sollen. Hierzu ist die Änderung zahlreicher Steuergesetze geplant.

Im Entwurf war ursprünglich vorgesehen, Rechtsgebühren, darunter auch die Kreditvertragsgebühr, in den Anwendungsbereich des Finanzstrafgesetzes einzubeziehen. Die Nichtentrichtung der Kreditvertragsgebühr hätte ein Delikt nach dem Finanzstrafgesetz dargestellt und wäre nicht mehr nach dem Gebührengesetz zu beurteilen gewesen. Diese Kriminalisierung, die eine wesentliche Verschärfung für die Kreditinstitute in einem Massengeschäft zur Folge gehabt hätte, konnte durch die erfolgreiche Intervention der Bundeskreditsparte verhindert werden.

In diesem Zusammenhang muss leider neuerlich auf die von der Kreditwirtschaft seit langem erhobene Forderung nach Abschaffung der Kreditvertragsgebühr und einer Reduktion der Grundbuchseintragungsgebühr hingewiesen werden. Durch die Umsetzung von Basel II erhält diese Forderung eine zusätzliche Relevanz, da die erweiterten Dokumentationspflichten weitere Vergebührungspflichten nach sich ziehen. Es ist unverständlich, dass Österreich zwar europaweit über eines der technisch innovativsten Grundbuchsysteme verfügt, von diesem System aber bei der Eintragung von Hypotheken in vielen Fällen aus Gebührengründen nicht Gebrauch gemacht wird. Dadurch wird in weiterer Folge eine günstige Refinanzierung durch Pfandbriefe verhindert.

3. ZAHLUNGSVERKEHR

3.1. Zahlungsverkehr – Das „New Legal Framework“ der EU

Die Arbeiten am New Legal Framework sind weiter fortgeschritten. Dabei wurde die Linie der Kreditwirtschaft zur Regelungsbeschränkung nach den Vorgaben der absolut notwendigen Harmonisierungsschritte konsequent weiter verfolgt. Der Hypo-Verband setzt hier

stark auf das Lobbying des EAPBs, seinem europäischen Spitzenverband. Denn auch in anderen Ländern wie Deutschland werden gewisse Entwicklungen hinsichtlich ihrer Kostenauswirkungen als äußerst bedenklich gesehen.

Das NLF geht in seinem Grundmodell von bestehenden Clearingstrukturen aus. Wie bereits im Vorjahr ausgeführt ist es nicht gelungen, ein nationales *clearing house* in Österreich zu schaffen. Deshalb würde die österreichische Kreditwirtschaft besonders stark von einigen Vorgaben betroffen sein.

Der Anteil grenzüberschreitender Transaktionen am gesamten Zahlungsverkehr beträgt weniger als 1 %. Die Kommission nahm diesen Umstand bereits im Jahr 2001 zum Anlass, eine Verordnung zu erlassen, die im Wesentlichen eine Gebührengleichheit zwischen nationalen und EU-Binnenzahlungen vorsah. Dennoch blieben *cross-border*-Transaktionen auf demselben Niveau, weil sie nur Ausdruck grenzüberschreitender Verflechtungen sind. Eine kurzfristige Umstellung aller europäischen Zahlungsverkehrssysteme auf einheitliche europäische Verfahren ist unrealistisch und würde auf diese Verflechtungen keinen wie immer gearteten Effekt zeigen.

Der vorliegende Richtlinienvorschlag führt zu einer deutlichen Verteuerung des gesamten Zahlungsverkehrs für die Verbraucher. Die vorgeschlagene Ausführungsfrist von einem Arbeitstag kann nur mit erheblichem technischen Aufwand realisiert werden. Eine derartige Verkürzung würde auch anderen Zielen und Richtlinien wie der ordnungsgemäßen Überprüfung der EU-Embargolisten oder der Geldwäschebestimmungen zuwiderlaufen.

Insbesondere für den Verbraucher ist diese Regel von untergeordneter Bedeutung, da für ihn Effizienz, einfache Abwicklung und geringe Kosten im Vordergrund stehen. Insgesamt sollte nach dem Vorbild der von der europäischen Kreditwirtschaft abgegebenen Selbstverpflichtung (Credeuro-Konvention) für Eurozahlungen eine Maximalausführungsfrist von drei Bankarbeitstagen vorgesehen werden.

Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf Zahlungen außerhalb der EU und Drittwährungen steht im klaren Widerspruch zur Zielsetzung des Rechtsrahmens, einheitliche

Grundlagen für den Binnenmarkt zu schaffen. Eine Überwälzung von EU-Recht auf Drittstaaten ist nicht vorstellbar.

Besonders problematisch ist auch die weitgehend fehlende aufsichtsrechtliche Überwachung von Zahlungsinstituten (*payment institutions*). Diese sollen den Zahlungsverkehr durchführen dürfen, ohne dass entsprechende aufsichtsrechtliche Anforderungen an sie gestellt werden oder eine Eigenkapitalausstattung nach Bankenrecht erfolgen muss. Das führt zu einer unterschiedlichen Gewichtung der Tätigkeiten von Kreditinstituten und Zahlungsinstituten.

Die Haftungsbeschränkung für Kunden auf 150 Euro für Schäden, die durch nicht autorisierte Zahlungen verursacht wurden, ist in dieser Form nicht akzeptabel. Aufgrund des verhältnismäßig geringen Haftungsrisikos des Nutzers hat dieser keine ausreichende Motivation mehr, missbräuchliche Verfügungen durch die unverzügliche Sperrung seiner Karte zu verhindern. Der Hypo-Verband lehnt eine einseitige Haftungsverlagerung zu Lasten der Zahlungsdienstleister mit Nachdruck ab.

Zur Untermauerung dieser Fakten hat die Kreditwirtschaft deshalb über McKinsey und die WKÖ eine Studie in Auftrag gegeben, die die kostenmäßigen Auswirkungen des NLF auf den österreichischen Zahlungsverkehr darstellen soll. Die Ergebnisse der Studie sollen bis Herbst 2006 vorliegen.

3.2. Phishing

Die Bezeichnung "Phishing" ist ein Akronym für *password harvesting fishing*. Gemeint ist das Ausspionieren von Passwörtern und anderen geheimen Daten, insbesondere Zugangsdaten zu *online-banking* und anderen Bezahlssystemen zur betrügerischen Nutzung von Konten. Mit den gestohlenen Zugangsdaten kann der Täter die Identität seines Opfers übernehmen und in dessen Namen Handlungen und Transaktionen ausführen. Dabei bedient er sich zur Verschleierung seiner eigenen Identität eines Dritten und dessen Kontos.

Aufgrund dieser Verkettung ist eine Ausforschung des Täters extrem schwierig. Zudem fehlt es an klaren Bestimmungen im Strafgesetzbuch, nach denen präventiv vorgegangen werden könnte.

Die Banken haben auf diese jüngsten Attacken bereits reagiert und technische Novationen zum Einsatz gebracht. Die bislang wirksamste Methode liegt in der Verwendung der digitalen Signatur, da diese eine sehr hohe Verschlüsselung aufweist, die ständig vergrößert wird. Ein Ausspähen wird dadurch eigentlich unmöglich gemacht. Die digitale Signatur ist bereits seit Februar des Geschäftsjahrs auf den Bankomatkarten der Hypo-Banken vorhanden und kann jederzeit aktiviert werden. Die Vorleistungen dazu wurden in jahrelanger Vorbereitung mit der A-Trust erbracht. Die Banken sind bemüht, auf technischer Seite weiteren Attacken vorzubeugen und investieren daher gemeinsam große Anstrengungen, um diese neue Form der Kriminalität zu bekämpfen.

Dennoch gilt für den Endkunden stets, größte Vorsicht im Umgang mit vertraulichen Daten bei öffentlich zugänglichen Medien wie Internet walten zu lassen. Nachdem bislang nahezu alle Vorfälle aufgrund von Trojanern verursacht wurden, sollte der Virenschutz ständig aktualisiert sein. Die Banken haben zu weiteren Vorkehrungen einen Folder über die WKÖ in Auftrag gegeben, der in allen Filialen aufliegt. Nähere Informationen befinden sich auch auf den Homepages unserer Institute.

4. KOLLEKTIVVERTRAG

Die Schemabezüge für die dem Kollektivvertrag der Landes-Hypothekenbanken unterliegenden Mitarbeiter wurden per 1.2.2005 um 2,3 % + 4,50 Euro erhöht.

Der Kollektivvertragsabschluss 2006 brachte ab 1.2.2006 eine Erhöhung der Schemabezüge um einheitlich 3 %.

Für die noch dem Gehaltsschema der öffentlichen Bediensteten unterliegenden Mitarbeiter (derzeit ca. 40 %) erhöhten sich die Bezüge ab dem 1.1.2005 um 2,3 % sowie ab dem 1.1.2006 um 2,7 %.

Die Gespräche mit der Gewerkschaft über eine Reform des Entgeltschemas wurden im Laufe des Jahres 2005 fortgesetzt, wobei seitens der Arbeitgeberseite nach einer intensiven Befassung mit der Thematik im Herbst 2005 ein eigener Vorschlag präsentiert wurde. Die Gespräche werden im Jahr 2006 weitergeführt, mit dem Ziel, eine den Strukturen der Hypos angemessene zeitgemäße Schemareform zu erreichen.

Per 31.12.2005 waren 3.818 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hypo-Sektor beschäftigt.

5. VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN / OMBUDSMANN

Neben der gemeinsamen Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft hat die sektorale Ombudseinrichtung vorrangig die Aufgabe, die im eigenen Sektor aufgetretenen Probleme in der Beziehung Bank/Kunde außergerichtlich zu bereinigen (siehe dazu auch unsere Homepage unter www.hypoverband.at, Unterpunkt Ombudsmann). Die gemeinsame Schlichtungsstelle ist Mitglied des FIN-NET, das im Berichtsjahr als Schwerpunkt die Integration der Ombudsstellen der neuen EU-Mitgliedstaaten zu bewerkstelligen hatte.

Die Schlichtungsstelle hatte neben ihrer originären Aufgabe vor allem eine Vielzahl von Anfragen zu bewältigen, die als Teil ihrer Arbeit zur Vermeidung von Gerichtsverfahren zu verstehen sind. Als Schiedsstelle ist sie dabei unabhängig, weisungsfrei und neutral mit bindendem Schlichtungsspruch ausgestaltet. Insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs und elektronischer Dienstleistungen wurde sie mit Problemen und Fragen befasst.

Die gemeinsame Schlichtungsstelle existiert seit Jänner 2003. Zum selben Zeitpunkt wurde die sektoreigene Schlichtungsstelle gegründet. Wie auch im Jahr davor konnten fast alle Verfahren für beide Seiten zufriedenstellend gelöst werden. Die Ombudseinrichtungen stellen daher im Sinne einer kundenfreundlichen und unbürokratischen Lösung eine sinnvolle Ergänzung zur ordentlichen Gerichtsbarkeit dar.

5.1. OGH-Sparzinsurteil

Mit Urteil vom 21. Dezember 2005 (3 Ob 238/05d) hat der OGH aufgrund einer Verbandsklage des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) gegen die BAWAG Zinsänderungsklauseln für Sparbücher mit variablem Zinssatz sowie Klauseln über die einseitige Änderung jener Entgelte, die im Zusammenhang mit Spareinlagen allenfalls verlangt werden in den Allgemeinen Bestimmungen für Spareinlagen für unwirksam erklärt. Der OGH vertritt die Meinung, dass Klauseln über einseitige Zinsänderungsrechte der Banken nur dann nicht gegen das Konsumentenschutzgesetz verstoßen, wenn sie an eindeutige, objektive Parameter geknüpft sind. Hierzu zählen etwa die Bindung der Sparbuchzinsen an Leitzinsen des Geld- und Kapitalmarktes. Zinsänderungen sind Verbrauchern nur dann zumutbar, wenn sich die Bank verpflichtet, bei einem Ansteigen der Leitzinsen die Sparzinsen zu erhöhen.

Beanstandet wurde außerdem jene Klausel, welche festlegt, dass der Kunde über Änderungen der Sparbedingungen durch einen Aushang der geänderten Bestimmungen in den Schalterräumen verständigt wird. Der OGH geht davon aus, dass Sparkunden in der überwiegenden Zahl der Fälle – ausgenommen bei alten anonymen Sparbüchern – namentlich bekannt sind und eine persönliche Verständigung über Änderungen möglich und der Bank zumutbar ist. Darüber hinaus ist eine Frist von vier Wochen, innerhalb derer der Kunde Widerspruch gegen solche Änderungen erheben müsste, nach Ansicht des OGH unangemessen kurz. Das Urteil ist auch auf bestehende Spareinlagen anwendbar.

Die Bundeskreditsparte hat in mehreren Sitzungen mit Unterstützung der Universitätsprofessoren Koziol und Iro gemeinsam mit Verbandsvertretern und Experten der Kreditinstitute das Urteil diskutiert und mögliche Auswirkungen auf den Bankensektor untersucht. Der Hypo-Verband hat darüber ausführlich informiert. Eine sorgfältige Analyse des Erkenntnisses soll die Kreditinstitute in die Lage versetzen, feststellen zu können, ob und in welcher Form eine Überarbeitung der Sparbedingungen erforderlich ist.

5.2. Verbrauchercredit-Richtlinie

Am 7. Oktober 2005 legte die Kommission einen neuerlich überarbeiteten Richtlinienentwurf vor. Die Ratsarbeitsgruppe startete daraufhin im November 2005 mit ihren Beratungen.

Als Verbesserung ist zu werten, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie eingeschränkt wurde. Kreditverträge über 50.000 Euro (nach dem aktuellen Kompromissvorschlag der österreichischen Präsidentschaft 100.000 Euro), hypothekarisch gesicherte Kredite sowie Sicherungsverträge, Garantien und Förderkredite fallen nicht mehr unter das Regime. Dennoch enthält die Richtlinie eine Reihe nicht sachgerechter Regelungen. Besonders umstritten ist Artikel 21 über die Kombination der Vollharmonisierung mit dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Da die Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe zum aktuellen Richtlinienentwurf wesentlich langsamer vorangehen als erwartet, wird mit einer Fortsetzung bis ins erste Halbjahr 2007 unter deutscher Präsidentschaft gerechnet.

Der Hypo-Verband unterstützt die Bemühungen der Bundeskreditsparte, auf den unverhältnismäßig hohen Aufwand hinzuweisen, mit dem die österreichische Kreditwirtschaft aufgrund der geplanten Regelungen konfrontiert sein würde. Zu diesem Zweck wurde das Beratungsunternehmen Booz Allen Hamilton beauftragt, sein Gutachten über die Kostenauswirkungen des Entwurfs der Verbrauchercreditrichtlinie aus dem Jahr 2003 zu aktualisieren. Wie bereits in der ersten Studie wird der Hypo-Verband im Update wieder durch die Hypo Tirol Bank AG vertreten sein.

5.3. Verbraucherbehördenkooperationsgesetz

Die Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 364 vom 9.12.2004) sieht eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Verbraucherbehörden innerhalb der EU bei grenzüberschreitenden Verstößen gegen bestimmte im Anhang der Verordnung genannte Verbraucherschutzvorschriften, wie die Verbrauchercreditrichtlinie vor. Die Verordnung definiert in Artikel 4 Abs. 6 weitreichende Ermittlungsbefugnisse zur Verfolgung solcher Verstöße (z.B. Einsichtnahme in Unterlagen, Auskunftsrecht, Ermittlungen vor Ort).

Zwecks „Umsetzung“ in nationales Recht liegen als Diskussionsentwürfe das VerbraucherbehördenkooperationsG sowie Änderungen des WettbG vor. Im Zentrum der Diskussion steht die Frage, wer zuständige Behörde in Österreich sein soll und wie umfangreich die Ermittlungsbefugnisse dieser Behörde aufgrund der Verordnung ausfallen müssen. Gegen den Entwurf des BMSG über ein VerbraucherbehördenkooperationsG, welches überschießende Befugnisse wie etwa die Möglichkeit einer Hausdurchsuchung und im Zuständigkeitsbereich des BMSG die Delegation der Ermittlungen an den VKI vorsieht, haben nach Intervention der Bundeskreditsparte das BMF und das BMWA Einspruch erhoben. Ein neuer Gesetzesentwurf wird derzeit diskutiert. Die zuständigen nationalen Behörden hätten bis Ende 2005 der EU genannt werden müssen, bis Ende 2006 soll dieses System effektiv in Funktion und die gesetzlichen Maßnahmen innerstaatlich getroffen sein.

6. EUROPÄISCHE UNION

6.1. EU-Finanzdienstleistungspolitik bis 2010

Im Dezember 2005 hat die Europäische Kommission basierend auf intensiven Konsultationen das Weißbuch über die Finanzdienstleistungspolitik bis 2010 veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der in den letzten fünf Jahren erzielten erheblichen Fortschritte bei der Integration der europäischen Finanzmärkte gilt es nun, die erreichten Fortschritte zu konsolidieren und sich auf die noch offenen Punkte zur Verwirklichung des Binnenmarktes zu konzentrieren. Im Sinne des Prinzips der „better regulation“ sollen Auswirkungen vom Gesetzgebungsvorhaben rechtzeitig abgeschätzt und einer vorhergehenden Kosten-/Nutzenanalyse unterzogen werden. Trotz der sich selbst auferlegten regulatorischen Zurückhaltung der Kommission sind weitere Initiativen in den Bereichen Privatkundengeschäft, hier insbesondere Verbraucherkreditrichtlinie sowie Integration des Europäischen Hypothekarkreditmarktes aber auch im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Clearing und Settlement Infrastruktur zu erwarten.

Seitens der Kreditwirtschaft wurde gefordert, dass die beabsichtigte Integration des Privatkundenbereichs nicht zu Lasten der Produktvielfalt gehen darf. Die Harmonisierung von

Produkten würde letztlich an den Bedürfnissen der Verbraucher vorbeigehen und lediglich einige international agierende Großbanken begünstigen.

6.2. Basel II / Brüssel II

Nach Durchführung mehrerer Auswirkungsstudien wurden die neuen Bestimmungen zur Eigenkapitalübereinkunft schließlich im Berichtsjahr vom Europäischen Parlament als EU-Richtlinie zur Umsetzung von Basel II in Europa beschlossen. Demnach werden Kreditinstitute die neuen Bestimmungen nach dem Standardansatz und dem Basisindikatoransatz ab 1. Jänner 2007 anwenden, für den fortgeschrittenen Ansatz auf internem Rating basierend (IRB) wird der 1. Jänner 2008 gelten. Diese Richtlinie, die auch als Brüssel II bezeichnet wird, sieht zahlreiche Wahlrechte vor.

Die Neuberechnung der Eigenmittel (Säule I) hat auch eine Änderung der bankaufsichtlichen Überprüfungsprozesse (Säule II) nach sich gezogen. Dabei soll den Banken genügend Spielraum eingeräumt werden, ihre internen Verfahren zur Beurteilung der institutsspezifischen Risikosituation sowie eine angemessene Kapitalausstattung kontinuierlich weiterzuentwickeln. Säule III sieht erweiterte Offenlegungspflichten vor und verfolgt damit das Ziel einer noch größeren Transparenz.

Die Verbände werden gefordert sein, bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht ein Maximum der Wahlrechte und eine praxistaugliche Ausgestaltung der Bestimmungen zu erreichen.

6.3. Grünbuch Hypothekarkredit

Im Herbst 2005 wurde basierend auf den Empfehlungen der Forum-Gruppe zum Hypothekarkredit das Grünbuch Hypothekarkredit der Europäischen Kommission am 19. Juli 2005 veröffentlicht. Darin stellt die Kommission Maßnahmen zur Diskussion, welche die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des Hypothekarkredits auf europäischer Ebene steigern und dadurch zu einer größeren Produktvielfalt und sinkenden Kosten für die Verbraucher in der EU führen könnten. Von der Kreditwirtschaft wurde darauf hingewiesen, dass auch

im Bereich des Hypothekarkredits eine Produktharmonisierung nicht zu einer besseren Integration der Hypothekarkreditmärkte führen würde. Die einzelnen Vorschläge müssten vor ihrer Realisierung einer eingehenden Kosten-/Nutzenanalyse unterzogen werden.

6.4. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die fortgeschrittenen Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und 11. März 2004 haben dazu geführt, dass die EU-Kommission im Juni 2004 den Vorschlag für die 3. Geldwäsche-Richtlinie vorgelegt hat. Im November 2005 wurde die Richtlinie verabschiedet. Die Umsetzung in nationales Recht muss bis Dezember 2007 erfolgen.

War mit der ersten Geldwäsche-Richtlinie der Fokus auf die Prävention von Finanzierungen von Drogengeschäften ausgerichtet, so wurden mit der zweiten Richtlinie nicht nur die Tatbestände, sondern auch der Kreis der Anwender (z.B. Notare, Rechtsanwälte) erheblich erweitert.

Mit der 3. Richtlinie ist die Terrorismusfinanzierung stärker in den Blickpunkt gerückt. Erhöhte Sorgfaltspflichten sollen gegenüber „*politically exposed persons*“ („PEPs“) wie auch bei Korrespondenzbanken zur Anwendung kommen. Für die „PEPs“ liegen allerdings nur Definitionen und keine Liste natürlicher Personen vor, was die Klassifizierung für den täglichen Bankbetrieb erheblich erschwert. Einigung konnte über den wirtschaftlichen Eigentümer (größer 25%) erzielt werden. Doch auch hier bedeutet diese Bestimmung eine ständige Kontrolle von Beteiligungsverhältnissen und damit einen weiteren Zusatzaufwand für die Kreditinstitute.

Im Juli des Berichtsjahres veröffentlichte die Kommission eine Verordnung über die Übermittlung von Angaben zum Auftraggeber bei Geldtransfers, mit der die Sonderempfehlung VII „*wire transfer*“ der FATF in das Gemeinschaftsrecht übernommen werden soll. Um Zahlungsströme besser verfolgen zu können, müssen bei Geldtransfers mehr Kundendaten als bisher gespeichert und mitgeschickt werden.

Die Bundeskreditsparte hat über Capgemini eine Studie in Auftrag gegeben, die belegt, dass die Umsetzung der Sonderempfehlung VII der österreichischen Kreditwirtschaft einen Mehraufwand von 108 Mio. Euro im ersten Jahr und danach laufende Mehrkosten von 75 Mio. Euro verursachen würde. Das Einrichten eines Schwellenwertes könnte diesen Aufwand um immerhin zwei Drittel reduzieren, wird aber von anderen Mitgliedstaaten wie z.B. Spanien heftig bekämpft. Die Verordnung soll bereits mit Beginn 2007 in Kraft treten.

Es gilt daher, bei der nationalen Umsetzung der Richtlinie und bei der Erreichung der Zielsetzung den Banken größtmögliche administrative Erleichterungen einzuräumen. Die Prävention von Geldwäsche und Terrorismus obliegt weiterhin den kriminalistischen Einheiten der Behörden und kann nicht auf Banken überwältigt werden.

Der Verband hat zusammen mit den Geldwäschereibeauftragten der Hypos einen gemeinsamen Leitfaden zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung herausgegeben, der sich in der Praxis bereits bewährt hat. Die Zielsetzung liegt dabei gleichermaßen bei den organisatorischen wie ablauftechnischen Voraussetzungen. Der Leitfaden wird laufend an die neuesten Erkenntnisse wie auch juristischen Vorgaben angepasst.

6.5. MiFID

Die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (markets in financial instruments directive) wurde bereits mit April 2004 verabschiedet. Sie zielt auf die Harmonisierung von Geschäften der Wertpapierdienstleister ab. So soll der europäische Wertpapierpass die Grundlage einer Zulassung für alle Mitgliedstaaten ermöglichen. Der rechtliche Rahmen erstreckt sich auch auf die organisierte Ausführung von Anlegergeschäften durch Börsen, Wertpapierunternehmen und multilaterale Handelssysteme, auf die Abwicklung von außerbörslichen Geschäften (Vor- und Nachhandels-Transparenz sowie Regelung der Meldung von Wertpapiergeschäften) sowie auf die Harmonisierung des Anlegerschutzes.

Die detaillierten Durchführungsverordnungen nach dem Lamfalussy-Verfahren sehen auf level 2 weitere Präzisierungen vor. So sollen die Kriterien für die „best execution“-Regeln genauer festgelegt werden. Bei der Ausführung von Aufträgen müssen die Wertpapier-

firmen künftig berücksichtigen, zu welchen Kosten, Kursen, in welcher Schnelligkeit uvm. vorgegangen wird, um das bestmögliche Ergebnis für den Kunden zu erreichen. Auch für sich daraus ergebende Interessenskonflikte werden Regelungen getroffen.

Zu weitreichende Bestimmungen wie die verpflichtende Aufzeichnung von Telefongesprächen mit Retailkunden bei Orderzuteilung konnten verhindert werden. Ebenso konnte bei „*real time*“-Ausführungen die Drei-Minuten-Frist gestrichen werden.

Das Inkrafttreten dieser Regelungen soll 2007 erfolgen. Trotz der sehr umfangreichen Regeln sieht der Finanzplatz weiterhin Spielraum für praxisgerechte Interpretationen, die im Rahmen der Selbstregulierung über den Standard Compliance Code erfolgen werden.

II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD

Die österreichische Wirtschaft wies nach dem hervorragenden Vorjahr eine gemäßigte Wachstumstendenz auf. Mit einem realen BIP von heuer 1,9 % wird für die kommenden zwei Jahre eine Beschleunigung auf hohem Niveau (ca. 2,3 %) prognostiziert. Bedingt durch den starken Preisanstieg bei fossilen Kraftstoffen hat sich die Inflation auf 2,2 % erhöht. Ein weiterer Anstieg vor allem beim Ölpreis könnte allerdings die exportorientierte Konjunkturdynamik abbremsen.

Die Arbeitslosigkeit ging leicht zurück auf 5,2 %. Dieser noch immer recht hohe Wert und die steigenden Energiepreise führten auch im Berichtsjahr dazu, dass der private Konsum verhalten blieb. 2006 soll er sich leicht beschleunigen und dann bei 2 % liegen.

Neben der Stagnation des privaten Konsums konnte auch bei den Investitionen nur ein schwaches Wachstum verzeichnet werden (Bruttoanlageinvestitionen + 0,9 %). Durch die nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsbedingungen kann allerdings mit einem Anstieg in den kommenden beiden Jahren gerechnet werden.

1.1. Zinsen und Währung

Die Zinsentwicklung ist weiterhin von großen Unterschieden zwischen Europa und den USA geprägt. Die Leitzinsen der FED lagen zum Jahresende bei 4,25 %, die EZB hob sie erstmalig nach sechs Jahren im letzten Quartal des Berichtsjahres um 0,25 % auf 2,25 % an.

1.2. Aktien- und Rentenmärkte

Die Aktienmärkte verzeichneten im Berichtsjahr weltweit einen Boom. Die Schwellenländer trugen dabei zu den stärksten Renditenzuwachsen bei. Die Wiener Börse konnte iberdurchschnittlich zulegen. Gute Unternehmensdaten der heimischen Betriebe sowie die nach Osten ausgerichtete Expansionspolitik vieler börsennotierter Firmen waren für diesen Zuwachs verantwortlich.

Auch die Rentenmärkte entwickelten sich insgesamt positiv. Vor allem kurz- und mittelfristige Papiere konnten steigende Renditen erzielen. Diese Zugewinne gingen zu Lasten langfristiger Papiere, da institutionelle Investoren starke Umschichtungen in den kurzerlaufenden Bereich vornahmen. Dies führte im Ergebnis zu einer deutlichen Verflachung der Zinskurve.

Gedämpft verlief die Entwicklung am Geldmarkt. Dort waren im Schnitt nur 2 % Performance zu verzeichnen. Der Euro konnte sich 2005 immer noch gegen den Dollar behaupten, die Differenz zwischen den beiden Währungen ging aber spürbar zurück, die Notierung am Jahresende betrug 1,1797 USD/EUR.

1.3. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditwirtschaft

Die österreichische Kreditwirtschaft hatte im Jahr 2005 einen Zuwachs der unkonsolidierten Bilanzsumme von 11,1 % zu verzeichnen. Damit ibertraf sie sogar den Rekordzuwachs des vorigen Jahres und erreichte ein Volumen von 725 Mrd. Euro. Die Entwicklung des Neukreditgeschaftes lag mit 4,7 % Zunahme nahe am Vorjahr. Der Fremdwahrungsan-

teil konnte dabei neuerlich zulegen und betrug bereits 20,2 %. Die Ergebnislage der Banken verbesserte sich deutlich, das erwartete EGT wird bei 4 Mrd. Euro liegen.

Die Einlagen hielten 2005 mit + 4,8 % ein gleichbleibendes Zuwachsniveau zum Jahr 2004. Die Spareinlagen stellten mit 62 % noch immer die bedeutendste Einlagenkategorie dar, stagnierten aber gegenüber den Sicht- und Termineinlagen (beide + 12 %). Ohne Zinsgutschriften wären die Spareinlagen sogar um 1,36 Mrd. Euro zurückgegangen.

Die Eigenmittel erhöhten sich um 8,7 % auf fast 52 Mrd. Euro. Der Eigenmittelüberschuss betrug dabei 22,44 Mrd. Euro.

Das vorläufige Betriebsergebnis kam mit 5,65 Mrd. Euro auf + 19,1 % gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahrs. Die Betriebserträge konnten dabei deutlich mit 15,7 Mrd. Euro gegenüber den Aufwendungen von rd. 10 Mrd. ausgeweitet werden. Während die Nettozinserträge (7 Mrd. Euro) stagnierten bzw. geringfügig sanken, waren es vor allem Erträge aus Beteiligungen und Provisionserlöse (+ 30,1 % auf 2,7 Mrd. Euro und + 16,4 % auf 3,94 Mrd. Euro), die zu diesem hervorragenden Ergebnis führten.

Neben dem traditionell größten Posten des Personalaufwands war es im Berichtsjahr der Sachaufwand (+ 7,2 % oder 3,33 Mrd. Euro), der zu einer Erhöhung der Betriebsaufwendungen führte.

Die Rentabilitätskennzahlen *return on equity* (11,2 %) und *return on assets* (0,53 %) lagen über den Durchschnittswerten der letzten 10 Jahre. Dabei gab es deutliche sektorale Unterschiede.

1.4. Geschäftsentwicklung des Sektors

Aufgrund von Änderungen zu den Jahresabschlüssen 2004 zweier Mitgliedsinstitute sind die vorliegenden Zahlen unseres Sektors zum richtigen Verständnis näher zu erläutern:

Wie beim Kurzportrait der Hypo Alpe-Adria-Gruppe näher ausgeführt kam es zu Bereinigungen von Bewertungsverlusten, die durch die Neubilanzierung zu Verschiebungen von

Bilanz- und Ertragspositionen führten. Aufwände späterer Perioden mussten für 2004 nacherfasst werden, stille Reserven wurden zusätzlich aktiviert. Am deutlichsten sind diese Veränderungen im Gesamt-EGT sichtbar, das daher nur von eingeschränkter Aussagekraft ist.

Der Sektor ist dennoch von großer Dynamik geprägt, die sich allein im Größenwachstum der Bilanzsumme ausdrückt. Sie stieg um ca. 17 % auf 64 Mrd. Euro.

Auf der Aktivseite war wie in den Vorjahren der größte Zuwachs bei den Auslandsaktiva (+ 32% auf 25,6 Mrd. Euro) zu verzeichnen. Hauptverantwortlich war auch dieses Mal die Geschäftsexpansion der Hypo Alpe-Adria-Gruppe in Südosteuropa. Die Ausweitung der Ausleihungen bremste sich zum Vorjahr zwar etwas ab, lag aber bei den Direktkrediten an inländische Nichtbanken mit +6,57 % noch immer über dem Branchendurchschnitt von 4,66 %. Insgesamt betrug das Volumen zum Ultimo 26,2 Mrd. Euro, wobei 5,5 Mrd. Euro auf Fremdwährungskredite entfielen.

Besonders starke Zugewinne konnten passivseitig verzeichnet werden. Die Einlagen der inländischen Nichtbanken wurden um 890 Mio. Euro oder 10,11 % auf rd. 9,7 Mrd. Euro gesteigert. Im Spareinlagenbereich betrug der Zuwachs 166 Mio. Euro oder 3,24 % auf rd. 5,3 Mrd. Euro. Auf Grund der bestehenden Emissionsprogramme der Hypos und der Pfandbriefstelle konnten die Emissionen, und hier wiederum besonders die Auslandsemissionen, um 6,5 Mrd. Euro oder 18,3 % auf 41,9 Mrd. Euro ausgeweitet werden. Auch diese Zuwachsrate liegt über dem Branchenschnitt von 15,8 %. Der Anteil der Pfandbriefe ging dabei wie auch in den vorigen Jahren weiter zurück und betrug nach 6,48 Mrd. Euro heuer 6,22 Mrd. Euro. Die öffentlichen Pfandbriefe sanken dabei leicht von 3,06 Mrd. Euro auf 3,03 Mrd. Euro, die Abnahme bei den Hypothekendarlehen war stärker und ihr Bestand reduzierte sich von 3,43 Mrd. Euro auf 3,2 Mrd. Euro.

Beim Nettozinsenertrag konnte die Steigerung des Vorjahrs aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen nicht fortgesetzt werden. Diese Position stagnierte bei 503 Mio. Euro. Erfreulicher entwickelten sich hingegen die Betriebserträge, die eine Erhöhung um 10,83 % auf über 807,7 Mio. Euro erfuhren. Die außerordentlichen Veränderungen im

Rahmen der Neubilanzierung der Hypo Alpe-Adria-Gruppe führten wie oben erwähnt zu Verzerrungen des EGTs, das heuer bei 220 Mio. Euro liegen wird.

Die Ausweitung der Geschäftstätigkeit war auch heuer mit erheblichen Investitionen sowohl im Personal- als auch Sachbereich verbunden. Die Betriebsaufwendungen haben sich mit 8,75 % dadurch stärker erhöht als der Branchenschnitt. Diese Investitionen sind aber für die kontinuierliche starke Expansion des Sektors unbedingt notwendig.

Die Cost-Income-Ratio liegt mit 58,09 % erheblich unter dem Wert der österreichischen Kreditwirtschaft, der sich auf 64,05 % beläuft.

DIE KREDITWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro		Veränderung zum Vorjahr	in %
	2005	2004		
AKTIVA				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	263.290,18	251.569,40	11.720,78	4,66%
hievon Fremdwährungskredite	53.182,40	47.815,57	5.366,83	11,22%
Auslandsaktiva	245.935,96	200.451,76	45.484,20	22,69%
PASSIVA				
Einlagen inländischer Nichtbanken	220.755,59	210.717,38	10.038,21	4,76%
hievon Spareinlagen	136.894,58	135.957,06	937,52	0,69%
Eigene Emissionen (in- und ausländisch)	185.616,07	160.320,82	25.295,25	15,78%
BILANZSUMME	725.042,75	652.758,20	72.284,55	11,07%
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG				
Betriebsaufwendungen	10.063,30	9.714,97	348,33	3,59%
hievon Personalaufwand	5.036,68	4.859,52	177,16	3,65%
Nettozinsertrag	7.094,33	7.131,75	-37,42	-0,52%
Betriebserträge	15.710,94	14.457,40	1.253,54	8,67%
Betriebsergebnis	5.647,64	4.742,43	905,21	19,09%
EGT	4.124,72*)	3.564,68	560,04	15,71%
*) erwartet				
EIGENMITTEL				
Solvabilität	28.206,09	25.631,97	2.574,12	10,04%
Eigenmittelkoeffizient	14,36%	14,56%	---	-1,37%
Cost/Income Ratio	64,05%	67,20%	---	-4,68%

HYPO-VERBAND 2005

DIE HYPOS IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2005	2004	Veränderung zum Vorjahr	in %
AKTIVA				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	26.219,17	24.603,83	1.615,34	6,57%
hievon Fremdwährungskredite	5.490,76	5.078,44	412,32	8,12%
Auslandsaktiva	25.564,34	19.317,11	6.247,23	32,34%
PASSIVA				
Einlagen inländischer Nichtbanken	9.698,12	8.807,74	890,38	10,11%
hievon Spareinlagen	5.307,71	5.141,30	166,41	3,24%
Eigene Emissionen (in- und ausländisch)	41.869,35	35.404,28	6.465,07	18,20%
BILANZSUMME	64.091,00	54.792,35	9.298,65	16,97%
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG				
Betriebsaufwendungen	469,17	431,41	37,76	8,75%
hievon Personalaufwand	255,69	237,26	18,43	7,77%
Nettozinsertrag	503,09	503,81	-0,72	-0,14%
Betriebserträge	807,65	728,74	78,91	10,83%
Betriebsergebnis	338,48	297,32	41,16	13,84%
EGT	220,27*)	481,22	-260,95	- 54,23%
*) erwartet				
EIGENMITTEL				
Solvabilität	2.462,39	2.098,93	363,46	17,32%
Eigenmittelkoeffizient	10,10%	10,88%	---	-7,17%
Cost/Income Ratio	58,09%	59,20%	---	-1,87%

2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2005

Auf den nächsten Seiten haben wir unseren Mitgliedsinstituten die Möglichkeit gegeben, die wesentlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2005 darzustellen.



2.1. HYPO-BANK BURGENLAND AG

Mit der Zielsetzung der gänzlichen Privatisierung der Bank wurde in der Hauptversammlung vom 29.03.2005 die verschmelzende Umwandlung des Unternehmens der Bank Burgenland auf eine zur Gänze im Landeseigentum stehende Aktiengesellschaft, die EB & HYPO Vermögensverwaltungs AG, beschlossen.

Mit Eintragung der verschmelzenden Umwandlung im Firmenbuch am 20.12.2005 kam es auch zur Firmenwortlautänderung, sodass die EB und HYPO – BANK BURGENLAND AG ab diesem Datum unter HYPO–BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft firmiert. Diese Namensänderung wurde auch in der 100%-igen Tochtergesellschaft der Bank in Ungarn, der Sopron Bank vollzogen.

Durch Abschluss des Aktienkaufvertrages zwischen dem Land Burgenland als Verkäufer sowie der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft und der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs-G.m.b.H. über den Verkauf und den Kauf von Aktien der HYPO–BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft wurde das Privatisierungsverfahren am 10.3.2006 abgeschlossen. Dieser Vertrag wurde aufschiebend bedingt abgeschlossen. Diese Bedingungen betreffen hauptsächlich erforderliche behördliche Genehmigungen bzw. Nichtuntersagungen. Das Closing wurde am 12.5.2006 durchgeführt. Ab Wirksamkeit des Kaufvertrages mit 13.5.2006 entfällt die Landeshaftung für neu eingegangene Verbindlichkeiten der Hypo Burgenland, für davor entstandene Verbindlichkeiten bleibt die Landeshaftung bis 30.9.2017 aufrecht.

Die Bank hat den seitens des Landes Burgenland als Haupteigentümer gesetzten Vertrauensvorschuss genutzt. Nicht zuletzt durch eine positive Geschäftsentwicklung 2005 konnte der Privatisierungsprozess durch den Verkauf an die Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Ergebnisse aktueller Prüfungen der Bank durch den Rechnungshof und die Österreichische Nationalbank im Auftrag der Finanzmarktaufsicht haben der Bank die Richtigkeit des bislang bestrittenen Weges bestätigt.

Im Geschäftsjahr 2005 wurde ein Bilanzsummenwachstum von 3,86 % auf 3.296 Mio. Euro erzielt. In der Position „Forderungen an Kunden“ konnte ein Zuwachs um 3,23 % auf 2.448,8 Mio. Euro erreicht werden. Der Gesamtbestand des Wertpapierportfolios betrug zum Jahresende 542,4 Mio. Euro, der Vergleichsstand im Vorjahr lag bei 538,9 Mio. Euro.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden um 12,1 % von 218,3 Mio. Euro auf 244,7 Mio. Euro gesteigert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden zum Jahresende von 293,9 Mio. Euro auf 143,2 Mio. Euro zum Berichtszeitpunkt reduziert.

Im Berichtszeitraum betrugen die verbrieften Verbindlichkeiten 1.872,4 Mio. Euro gegenüber 1.624,1 Mio. Euro im Vorjahr. Ein beträchtliches Volumen der Neuemissionen wurde in konsequenter Fortführung der bisher gelebten Geschäftspolitik wieder über die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken platziert.

Die Spareinlagen konnten mit 368,8 Mio. Euro nahezu konstant gehalten werden. Umschichtungen in andere Veranlagungsformen sind zu verzeichnen. Die ungeklärte Eigentümerfrage hat bei Kunden zwar zu Verunsicherungen geführt, mit dem erfolgten Verkauf ist aber wieder Klarheit und Sicherheit in der Eigentümerfrage eingetreten.

Die Reduktion der Betriebserträge um 9,61 % auf 39,5 Mio. Euro ist hauptsächlich auf den verminderten Nettozinsenertrag in Höhe von 23,0 Mio. Euro gegenüber dem Vergleichszeitpunkt zum 31.12. 2004 in Höhe von 27,2 Mio. Euro zurückzuführen.

Erfreulich ist die weitere Steigerung der Provisionserträge. Das Provisionsergebnis zum 31.12. 2004 in Höhe von 7,5 Mio. Euro konnte erneut um über 4 % auf 7,8 Mio. Euro gesteigert werden. Auch anlässlich dieser Steigerung lässt sich die Fortsetzung der erfolgreichen Geschäftspolitik der Bank und das Kundenvertrauen erkennen.

Eine erneute Reduktion der Betriebsaufwendungen von 26,6 Mio. Euro auf 26,4 Mio. Euro ist ein weiterer Schritt der eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen.

Das ausgewiesene Betriebsergebnis in Höhe von 13,0 Mio. Euro führt zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3,2 Mio. Euro.



2.2. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ist Kreditinstitut und Holding mit Steuerungsfunktion für die Hypo Group Alpe Adria, der neun Banken in acht Ländern sowie weitere Gesellschaften zugeordnet sind.

Im Mai 2006 wurde für das Geschäftsjahr 2004 ein geänderter Jahresabschluss aufgestellt. Die Aufstellung wurde erforderlich, da die für das Geschäftsjahr 2005 bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften CONFIDA Revisionsgesellschaft m.b.H. und Deloitte Wirtschaftsprüfungs GmbH im März 2006 der von der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG vorgenommenen Bilanzierung bestimmter Geschäftsvorfälle nicht gefolgt sind und daher die Abschlussprüfer für 2004 ihren für das Geschäftsjahr 2004 erteilten Bestätigungsvermerk vom 14. März 2005 widerrufen haben. Im Jahresabschluss für 2005 wurden die Vorjahreswerte auf den geänderten Jahresabschluss 2004 hin angepasst.

Dennoch konnte das Wachstum der Bank fortgesetzt werden. Die Bilanzsumme der Bank erhöhte sich gegenüber 2004 mit 11,6 Mrd. Euro um 35 % auf 15,6 Mrd. Euro. Davon be-

trugen die Primärmittel 12,5 Mrd. Euro (Kundeneinlagen und eigene Emissionen), was einer Steigerung zum Vorjahr um rund 40,4 % entspricht. Das Kreditvolumen erzielte mit 5,8 Mrd. Euro ein Plus von rund 43,1 % zum Vorjahreswert.

Zum Jahresabschluss erreichten die Eigenmittel eine Höhe von 1.302 Mio. Euro, was einer Steigerung von 21,9 % zum Vorjahreswert von 1.068 Mio. Euro entspricht. Die Eigenmittelquote betrug 16,82 % und lag somit deutlich über der in Österreich geforderten Mindestquote von 8 %.

Im Jahr 2005 erhöhten sich die Betriebserträge von 77,3 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 126,8 Mio. Euro. Die Betriebsaufwendungen steigerten sich im Vergleich zum Vorjahr von 46,7 Mio. Euro um rund 33 % auf 62,9 Mio. Euro. Damit erhöhte sich das Betriebsergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr von 30,6 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 62,9 Mio. Euro im Jahr 2005.

Trotz gestiegener Kosten verfügt die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG über eine eindrucksvolle Ertragskraft. So belief sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) auf 49,1 Mio. Euro. Der Jahresüberschuss betrug im Jahr 2005 34,5 Mio. Euro (Vorjahr 325,1 Mio. Euro). Der Jahresgewinn erhöhte sich im Berichtszeitraum mit rund 16,4 % von 6,7 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 7,8 Mio. Euro im Jahr 2005.

Der Unternehmenserfolg des Geschäftsjahres 2005 spiegelt sich auch in den wesentlichen Ertragskennzahlen wider, die auf hohem Niveau liegen: Die Cost-Income-Ratio betrug 50,39 % (im Jahr 2004: 60,43 %), der Return on Equity lag bei 9,32 % (im Jahr 2004: 83,53 %) und der Return on Assets erreichte 0,26 % (im Jahr 2004: 2,96 %).

Globale Präsenz ist ein Ziel, das die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG und ihre Konzerngesellschaften den Global Playern überlässt. In den grenzüberschreitenden Märkten des Alpe-Adria-Raumes übernimmt die Marktkennntnis auf einer sehr persönlichen, emotionalen Ebene, auf der die Partner einander kennen, die entscheidende Funktion. Die Synergieeffekte nutzend, die regionalen Besonderheiten kennend, hat sich die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG zu einem starken Unternehmen entwickelt. Über 750.000 Kunden im Jahr 2005 sind der eindrucksvolle Beweis dafür.

Das Management der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG rechnet daher auch für das Jahr 2006 mit einer Weiterführung des bisherigen Geschäftserfolges und einer dynamischen Entwicklung.

Erklärtes Ziel ist es, die Bilanzsumme weiter auszuweiten und die Ertragskraft kontinuierlich zu stärken.

2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Die Aufstellung eines geänderten Jahresabschlusses für 2004 und 2005 wurde erforderlich, da die für das Geschäftsjahr 2005 bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften CONFIDA Revisionsgesellschaft m.b.H. (FN 92680w), Klagenfurt und Deloitte Wirtschaftsprüfungs GmbH (FN 36059d), Wien, im März 2006 der von der Hypo Alpe-Adria-Bank AG vorgenommenen Bilanzierung bestimmter Geschäftsvorfälle nicht gefolgt sind und daher mit Schreiben vom 30.03.2006 bzw. 03.04.2006 ihren für die Geschäftsjahre 2004 und 2005 erteilten Bestätigungsvermerk widerrufen haben. Im Mai 2006 wurden geänderte Jahresabschlüsse 2004 und 2005 aufgestellt. Im Jahresabschluss für 2005 wurden die Vorjahreswerte auf den geänderten Jahresabschluss 2004 hin angepasst.

Die Hypo-Alpe-Adria Bank blickt auf eine rund 110-jährige erfolgreiche Geschichte zurück und zählt heute mit mehr als 640 MitarbeiterInnen und 23 Standorten in Kärnten, Wien, Salzburg, Linz und München zu den führenden unabhängigen Banken in Österreich. Als Universalbank bietet sie ihren Kunden sowohl im Retail- als auch im Corporate- und institutionellen Bereich alle klassischen Dienstleistungen an.

Die Bilanzsumme der Hypo Alpe-Adria-Bank erreichte zum Stichtag 31.12.2005 5,4 Mrd. Euro und lag damit um 22,2 % über dem Wert des Vorjahres (4,4 Mrd. Euro). Mit 4,3 Mrd. Euro stieg das Kreditvolumen insgesamt um 18,5 %, die Primärmittel konnten sogar um 23,6 % auf 5,0 Mrd. Euro erhöht werden. Das starke Wachstum der Bilanzsumme ist auf der Aktivseite maßgeblich auf eine Steigerung bei den Forderungen an Kunden um 18,5 % auf 4,3 Mrd. Euro und eine Steigerung bei Wertpapieren um 51,4 % auf 745,1 Mio. Euro zurückzuführen. Auf der Passivseite konnten die Primärmittel insbesondere durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 26,4 % auf

1,9 Mrd. Euro und durch die Steigerung bei verbrieften Wertpapieren aufgrund einer starken Emissionstätigkeit um 38,9 % auf 1,9 Mrd. Euro gesteigert werden.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank verfügte zum Stichtag 31.12. 2005 über eine starke Eigenmittelausstattung. Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz (BWG) betragen per 31. Dezember 2005 223,6 Mio. Euro und lagen damit um 5,0 % über dem Wert des Vorjahres von 212,5 Mio. Euro. Damit konnte die Hypo Alpe-Adria-Bank ihre Eigenmittelausstattung auch im abgelaufenen Jahr weiter steigern und die Sicherheit für ihre Investoren erhöhen. Mit einer Eigenmittelquote von 10,1 % weist die Hypo Alpe-Adria-Bank auch 2005 wieder einen soliden Wert aus, der klar über der in Österreich gesetzlich erforderten Mindestquote von 8 % liegt.

Die Betriebserträge konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,5 % auf 93,8 Mio. Euro erhöht werden. Dabei konnte der um 5,3 % auf 63,2 Mio. Euro leicht rückgängige Nettozinsenertrag durch den um 35,0 % auf 19,8 Mio. Euro gesteigerten Provisionsüberschuss mehr als kompensiert werden. Überproportional stiegen die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, die wegen Dividenden-Ausschüttungen von Aktien und verbundenen Unternehmen auf 3,7 Mio. Euro mehr als verdoppelt wurden. Trotz des fortgesetzten Wachstums der Hypo Alpe-Adria-Bank stiegen die Betriebsaufwendungen nur um moderate 8,3 % auf 61,3 Mio. Euro. Die Steigerung war vor allem auf die Inbetriebnahme bzw. Erweiterung der Standorte in Linz und Salzburg und der EU-Filiale in München zurückzuführen.

Mit 32,5 Mio. Euro nach 32,3 Mio. Euro konnte das Betriebsergebnis auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) liegt bei EUR 22,0 Mio. Der Jahresüberschuss erhöhte sich auf 19,9 Mio. Euro, was auf Änderungen der steuerlichen Gegebenheiten (reduzierter Steuersatz, Gruppenbesteuerung) zurückzuführen ist. Der Jahresgewinn konnte auf 13,0 Mio. Euro gesteigert werden.

Trotz der laufenden Expansion konnte die Cost-Income-Ratio (CIR) mit 65,3 % weiterhin auf einem sehr guten Niveau gehalten werden. Sehr erfreulich entwickelte sich die Eigenkapitalrentabilität. Der Return on Equity (ROE) erreichte 11,2 % nach 4,4 % im vergange-

nen Jahr. Der Return on Assets (ROA) belief sich zum Stichtag 31. Dezember 2005 auf 0,45 %.

Ziel der weiteren Expansion ist es, den Wandel von der „Kärntner Bank“ zur gesamtösterreichischen Bank endgültig zu vollziehen. Neben der Eröffnung von zwei weiteren Filialen im Heimatmarkt Kärnten wird derzeit die Ausdehnung nach Westösterreich evaluiert und insbesondere das Marktpotenzial in Tirol geprüft. Im Falle einer positiven Entscheidung ist in einem ersten Schritt eine Filiale in Innsbruck geplant. In Deutschland werden die Vorbereitungen für die Umwandlung in eine eigenständige Tochterbank der Hypo Alpe-Adria-Bank International getätigt und eine Expansion innerhalb Deutschlands evaluiert.

Bestehende und neue Kunden anzusprechen und neue Ertragspotenziale zu heben stehen 2006 im Fokus des Bereiches Retailbanking. Um in Zukunft eine noch bessere Betreuung der vermögenden privaten und institutionellen Investoren sicherstellen zu können, wird der Bereich 2006 neu ausgerichtet werden. Im Bereich Corporate werden auch im laufenden Jahr die Aktivitäten weiter fortgesetzt, gleichzeitig aber auch das Projektfinanzierungsgeschäft auf ganz Österreich ausgeweitet werden.



2.4. NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK-HYPOTHEKENBANK AG

Wie schon in den vergangenen Jahren verzeichnete die NÖ HYPO-BANK unter Berücksichtigung der Filialexpansion und der an die Marktlage angepassten vorsichtigen Geschäftspolitik auch im Geschäftsjahr 2005 wieder eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Um die NÖ HYPO-BANK für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten und um die effiziente und marktkonforme Ausrichtung der Leistungen sicher zu stellen, wurde zu Jahresbeginn 2005, in Abstimmung mit den Eigentümern, mit der Boston Consulting Group eine betriebswirtschaftliche Analyse durchgeführt und eine strategische Mittelfristplanung erstellt.

Der strategische Geschäftsplan, der im Rahmen der Mittelfristplanung die Erweiterung der Geschäftsfelder „Öffentliche Hand“, „Großwohnbau“ und „Immobilienfinanzierung“ in die an Niederösterreich angrenzenden neuen EU-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn vorsieht, wurde 2005 umgesetzt.

Durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern konnte die Bilanzsumme des NÖ HYPO-KONZERNs um 14,4 % auf nahezu 6,4 Mrd. Euro gesteigert werden. Im Geschäftsjahr 2005 waren 521 Mitarbeiter beschäftigt.

Erfreulich entwickelten sich die Spareinlagen, die trotz des noch immer niedrigen Zinsniveaus um rund 1,4 % auf 706,7 Mio. Euro erhöht wurden. Ebenso wurden die „Verbrieften Verbindlichkeiten“ durch die verstärkte Emissionstätigkeit auf 3,4 Mrd. Euro erhöht. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt 4,0 %.

Der Anstieg im Geschäftsfeld „Öffentliche Hand“ betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr in Österreich 11,5 % auf 3.041,2 Mio. Euro und im Geschäftsfeld „Großwohnbau“ 8,6 % auf 466,0 Mio. Euro. Ebenfalls erfolgreich war das bereits 2004 gegründete Geschäftsfeld für „Immobilienfinanzierung“ mit einem Geschäftsvolumen von 150,9 Mio. Euro zum Jahresultimo 2005.

Besonders erfolgreich war die NÖ HYPO-BANK im Retailgeschäft, wo sie überdurchschnittliche Zuwächse von insgesamt rund 25,8 % erzielen konnte. Im Einzelnen verzeichnete die NÖ HYPO im Firmenkundengeschäft einen Anstieg um rund 41,1 %, im Privatkundengeschäft einen Zuwachs um 17,0 % und im Geschäftsfeld Freie Berufe eine Zunahme um rund 14,0 %.

Die Ertragslage des NÖ HYPO-KONZERNs konnte trotz einmalig erhöhter Aufwendungen für Pensionsrückstellungen und Marktexpansion verbessert werden. Das Betriebsergebnis stieg gegenüber dem Vorjahr um 12,2 % auf 36,5 Mio. Euro. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug 21,7 Mio. Euro.



2.5. OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Die HYPO Oberösterreich blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2005 zurück. Die gesteckten Ziele und Planungen wurden auf ganzer Linie erreicht. So wurde in allen strategischen Geschäftsfeldern - Großwohnbau, Ärzte und Freie Berufe, Öffentliche Institutionen, Kirche & Soziales sowie Privatkunden - die Geschäftstätigkeit weiter intensiviert. Erfreulich ist dabei, dass die HYPO Oberösterreich ihre Marktführerschaft unter den freiberuflichen Ärzten und im gemeinnützigen Wohnbau weiter ausgebaut hat. Auch im kirchlichen und sozialen Bereich wurde das Geschäftsvolumen (+ 13 %) deutlich erhöht.

Die Bilanzsumme stieg von 5,6 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf 5,9 Mrd. Euro im Jahr 2005. Das ist ein Plus von 6 Prozent. Darin zeigt sich auch die dynamische Geschäftsentwicklung der letzten Jahre. So konnte die Bilanzsumme im Vergleich zum Jahr 1998 (3,1 Mrd. Euro) annähernd verdoppelt werden. Die Ausweitung im abgelaufenen Geschäftsjahr ist vor allem auf Zuwächse bei den Ausleihungen (+ 3,1 %) sowie auf die gesteigerte Emissionstätigkeit (+ 8 %) zurückzuführen.

Auch in den Ertragskennzahlen spiegelt sich das erfolgreiche Jahr 2005 wider. Das Betriebsergebnis konnte auf hohem Niveau gehalten werden. Es stieg im Vergleich zum Jahr 2004 von 28,4 Mio. Euro auf 28,5 Mio. Euro (+ 0,4 %). Damit konnte erstmals bei der Cost-Income-Ratio ein Wert unter 60 Prozent erzielt werden (59,7 %). Im Jahr 1996 betrug diese wichtige Kennziffer noch 80 Prozent.

Noch signifikanter wird das gute Jahr 2005 beim Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Das EGT erhöhte sich um 14,5 Prozent von 21,1 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 24,2 Mio. Euro im Jahr 2005. Der Jahresüberschuss stieg um 33 Prozent von 15,1 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro. Ebenso erfreulich ist das Ergebnis der Eigenkapitalrentabilität. Der Return on Equity (ROE) wurde von 9,3 auf 11,4 Prozent gesteigert.

Die Ausleihungen konnten im vergangenen Jahr auf hohem Niveau weiter gesteigert werden. Das Darlehens- und Kreditvolumen stieg von 3,63 Mrd. Euro auf 3,75 Mrd. Euro. Das ist ein Plus von 3,1 Prozent. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Ausleihungsvolumen liegt - so wie in den vergangenen Jahren - bei im österreichweiten Vergleich niedrigen 3,8 Prozent. Trotz des hohen Ausleihungsvolumens weist die HYPO im österreichischen Bankenvergleich eine ausgezeichnete Risikolage auf. So sind bei der HYPO lediglich 0,94 Prozent des gesamten Kreditvolumens für Wertberichtigungen rückgestellt.

Das Emissionsgeschäft ist weiterhin die Hauptrefinanzierungsquelle der HYPO Oberösterreich. Das Emissionsvolumen erreichte zum Ende des Jahres 2005 mit 3,83 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Dies ist im Vergleich zum Jahr davor eine Steigerung um 8 Prozent. Stark nachgefragt waren auch im heurigen Jahr wieder die Wohnbauanleihen. Von diesen konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Volumen von 140 Mio. Euro am Markt platziert werden. Mit der Begebung der österreichweit ersten Forschungsförderungsanleihe mit einem Volumen von 50 Mio. Euro hat die HYPO Oberösterreich ihre Stellung als Emissionsbank untermauert.

Die Emissionen der HYPO sind aber nicht nur im Inland stark nachgefragt, sondern finden auch auf den internationalen Kapitalmärkten regen Absatz. So hat die HYPO Oberösterreich im vergangenen Herbst ihr "Euro Medium Term Note" - Programm mit der Deutschen Bank AG mit einem Volumen von 3 Mrd. Euro wieder verlängert. Damit können Emissionen der HYPO international in einem vereinfachten Verfahren begeben werden.



2.6. SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Das Geschäftsjahr 2005 war ein spannendes und herausforderndes Jahr für die HYPO Salzburg. So konnte sie im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die bisherige positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzen und die gesteckten Ziele erreichen.

Die Kontinuität der Geschäftsentwicklung der HYPO Salzburg findet ihren Ausdruck in der Entwicklung der Bilanzsumme, die im Jahresvergleich um 312,0 Mio. Euro oder 8,42 % auf 4.015,4 Mio. Euro gesteigert werden konnte.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Jahresvergleich um 5,56 % auf einen Stand von 233,4 Mio. Euro. Davon sind 54,9 Mio. Euro täglich fällig und 178,5 Mio. Euro mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die zum Bilanzstichtag Spareinlagen von 633,4 Mio. Euro und Sicht- und Termineinlagen von 547,7 Mio. Euro betreffen, entwickelten sich sehr erfreulich auf einen Stand von 1.181,1 Mio. Euro. Es konnte eine Erhöhung um 10,23 % erreicht werden.

Insgesamt konnte eine Steigerung der Betriebserträge von rund 2,94 % erreicht werden. Gleichzeitig erhöhten sich die Betriebsaufwendungen im Vergleichszeitraum um 3,98 %. Wesentlich beeinflusst ist der Anstieg durch die Umstellung des Rechnungszinsfußes bei Personalrückstellungen.

Das Betriebsergebnis als Saldo der Betriebserträge und Betriebsaufwendungen weist einen Betrag von 16,9 Mio. Euro aus und konnte somit stabil gehalten werden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen und der Beteiligungs- und Wertpapierbewertungen knapp unter dem Vorjahresergebnis und beträgt 10,9 Mio. Euro. Der Bilanzgewinn nach Steuern und Rücklagenbewegung beträgt 1,0 Mio. Euro.

Die HYPO Salzburg konnte gerade im kommerziellen Bereich neue Kunden gewinnen und die Zusammenarbeit mit bestehenden Kunden erheblich ausbauen, besonderes Augenmerk wurde auf die Themen Auslandsgeschäft mit Exportfinanzierung und Dokumentengeschäft gelegt.

Der Bedeutung Bayerns als Zielgebiet wurde durch die Bündelung der Verantwortung in der Abteilung „Banken und Bayern“ Rechnung getragen. Der angrenzende südbayerische

Raum wird selektiv bearbeitet. Die HYPO Salzburg konnte Firmen bei Unternehmensakquisitionen im Ausland begleiten, kompetent bei der Finanzierung unterstützen sowie in Deutschland ausgewählte Finanzierungsprojekte abschließen.



2.7. LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Im Jahr 2005 wurde die Strategie „zukunft.hypo“ weiter fortgesetzt. Die gebündelte Finanzierungs- und Veranlagungskompetenz sowie das spezifische Know-how in der Projektabwicklung sprechen dabei anspruchsvolle Privatkunden ebenso an wie Ärzte, Freie Berufe, Firmenkunden und die öffentliche Hand.

Unter der Dachmarke Hypo Steiermark Premium.Banking bietet die Bank Bankdienstleistungen in erstklassiger Qualität und einen besonderen Zugang zur finanziellen Lebensplanung. Die Hypo Steiermark begleitet ihre Premium.Kunden neben dem klassischen Bankgeschäft auch mit Partnerschaften im Bereich der Kunst und Kultur.

Die Ertragssituation stellt sich für 2005 wie folgt dar:

Die Bilanzsumme wird um 8,0 % oder 423 Mio. Euro auf eine Höhe von 5,7 Mrd. Euro ausgeweitet. Unsere Kunden haben auf Depots unserer Bank nahezu 1,2 Mrd. Euro in Wertpapieren veranlagt. Das Kreditvolumen wurde in allen Marktsegmenten um insgesamt 4,0 % auf 2,98 Mrd. Euro ausgeweitet. Das hohe Vertrauen unserer Kunden spiegelt sich in einem konstanten Einlagenvolumen in Höhe von 0,9 Mrd. Euro wider. Die Eigengeschäftstätigkeit unseres Group Treasury wird ebenfalls kontinuierlich ausgeweitet, sodass die Wertpapier-Handelsbestände, aber auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich gesteigert wurden.

Der Jahresüberschuss 2005 beträgt 7,3 Mio. Euro. Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 5,3 %. Das Sozialkapital wurde entsprechend den Erfordernissen der International Financial Reporting Standards IFRS im Jahr 2005 bereits zur Gänze angepasst. Aus diesem

Grund ist die Cost-Income-Ratio, das Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen, für das Jahr 2005 auf 73,6 % angestiegen.

Die Ergebnisse im Kundenbereich bestärken uns, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Die Arbeiten im Konzerngefüge der Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG zur Hebung weiterer Synergien wurden rasch und erfolgreich fortgesetzt und weitere Aufgaben im Konzern gebündelt.

Das bereits begonnene Geschäftsjahr 2006 ist das Jahr unseres 75-jährigen Bestandsjubiläums. Wir haben es unter das Motto „DANKE“ gestellt. In diesem Sinne danken wir unseren Kunden für ihr langjähriges Vertrauen und ihre Verbundenheit zu unserem Haus.



2.8. HYPO TIROL BANK AG

Die positive Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahres in Tirol (Wirtschaftswachstum 2,0 %) und in Südtirol (Wirtschaftswachstum 2,0 %) hat zur erfreulichen Entwicklung des Kundenvolumens und des Geschäftsergebnisses der HYPO TIROL BANK beigetragen. Die Bilanzsumme wurde um 16,96 % von 8.512,3 Mio. Euro auf nunmehr 9.956,0 Mio. Euro gesteigert. Die wichtigsten Kundenpositionen erreichten ebenfalls sehr hohe Steigerungsraten – Forderungen Kunden + 8,79 % bzw. Einlagen von Kunden (Spar- und Giroeinlagen) + 17,92 %. Trotz des hohen Wettbewerbs im österreichischen Bankenumfeld konnte die HYPO TIROL BANK dank des Zuwachses in allen Geschäftsfeldern das Betriebsergebnis um 3,93 % auf 67,3 Mio. Euro steigern. Durch einen deutlichen Rückgang bei den Risikokosten konnte das EGT um 10,25 % auf 42,2 Mio. Euro gesteigert werden. Die Steigerung des Ergebnisses kann einerseits auf die positiven Entwicklungen des Kredit- und Wertpapiergeschäftes in Österreich, andererseits auf die gute Kreditqualität zurückgeführt werden.

Die Hypo Tirol Bank ist im Universalbankgeschäft, in der Versicherungsvermittlung, im Private Banking und Leasinggeschäft im Bundesland Tirol, in Italien mit Schwerpunkt Süd-

tirol sowie in den Nischen Zürich, München und Wien tätig. Sie betreut in 22 Geschäftsstellen in Österreich, einer Niederlassung in München und fünf Geschäftsstellen bzw. Beratungscentern sowie freien Finanzberatern in Italien über 80.000 Kunden. Darüber hinaus ist das Eigengeschäft des Konzerns im Bank- und Handelsbuch von wesentlicher Bedeutung.

Ein wesentlicher qualitativer Schwerpunkt 2006 wird im Sinne unserer Konzern-Strategie Hypo aGOra die Weiterentwicklung der Kundenbetreuung und des Qualitätsmanagements sein. Darüber hinaus werden die Themen Vertriebskraftstärkung, Personalentwicklung und Produktivitätsmanagement sowie die Vorbereitung auf Basel II im Fokus stehen.



2.9. VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Die Hypo Vorarlberg hat im Geschäftsjahr 2005 ihre führende Position in Vorarlberg mit Zuwächsen in allen Bereichen weiter gestärkt und ihre Expansion vorangetrieben. Die Bilanzsumme der Hypo Vorarlberg hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdreifacht und betrug 2005 rund 8,6 Mrd. Euro.

Die erfreulichsten Entwicklungen 2005 sind das stark gestiegene Provisionsergebnis bei rückläufigem Kreditrisikoaufwand. Zugleich konnte die Bilanzsumme neuerlich um 13,3 % auf über 8.587,3 Mio. Euro gesteigert werden. Die Hypo Vorarlberg expandiert damit weiterhin risiko- und kostenbewusst und liegt voll auf Kurs zu ihren ambitionierten mittelfristigen Zielen 2010: Verdoppelung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie - gemessen am Kundenvolumen - Aufstieg in die Top Ten der größten Banken Österreichs.

Die Cost-Income-Ratio beträgt per 31. Dezember 2005 47,16 % (Vergleich Vorjahr 47,04 %). Die Hypo Vorarlberg liegt bei dieser Kennzahl seit Jahren im Spitzenfeld der österreichischen Banken. Damit kann der Wachstumskurs der Bank und ihrer Tochter-

gesellschaften nach wie vor durch eine sehr hohe Produktivität bewerkstelligt werden.

Insgesamt ist das Betriebsergebnis um 19,4 % auf 46,1 Mio. Euro angewachsen. Ausgehend vom Betriebsergebnis ergibt sich nach Abzug des Finanzanlageergebnisses (- 2,5 Mio. Euro) ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT bzw. Ergebnis vor Steuern) von 43,6 Mio. Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 18,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Hypo Landesbank Vorarlberg versteht sich seit Jahren als Partner der Wirtschaft und Spezialist für die Gestaltung anspruchsvoller Finanzierungen für private Investoren und die öffentliche Hand. Durch strategisch innovative Impulse im Bereich Private Banking und Vermögensverwaltung sowie eine konsequente Marktoffensive konnten die Volumina weit über der generell positiven Marktentwicklung gesteigert werden.

Die Hypo Vorarlberg konnte ihre hervorragende Position als Veranlagungsbank 2005 weiter ausbauen. Es ist ein allgemeiner Trend zur langfristigen Geldanlage und Pensionsvorsorge feststellbar, verbunden mit einem großen Sicherheitsbedürfnis. Entsprechend stark war die Nachfrage nach neuen Anlageformen mit Kapitalgarantie, die sich immer mehr als „Sparbuch-Alternative“ durchsetzen. Die positive Börsensituation hat dazu beigetragen, dass nicht nur kapital- und zinsgarantierte Produkte stark nachgefragt wurden, sondern auch im Bereich Fonds und Aktien hohe Zuwächse erzielt werden konnten.

In 2005 wurde mit dem Aufbau von Aktivitäten im Bereich Zins- und Währungsmanagement für Firmenkunden begonnen. In diesem Geschäftsfeld werden Kunden verstärkt innovative Lösungen durch maßgeschneiderte derivative Produkte angeboten. Im Jahr 2006 wird ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung der organisatorischen Rahmenbedingungen, die personelle Verstärkung sowie die Schulung und Unterstützung der Firmenkundenbetreuer gerichtet sein. Diese Maßnahmen sollen gewährleisten, dass die Hypo Landesbank Vorarlberg ihre Kunden im Zins- und Währungsmanagement optimal berät und individuelle Optimierungsstrategien erarbeiten kann.

Die Hypo Vorarlberg verfolgt eine risiko- und kostenbewusste Wachstumsstrategie. Bis 2010 peilt der Hypo Vorarlberg-Konzern eine Ergebnisverdoppelung und ein Ranking

unter den Top Ten-Banken Österreichs (nach Kundenvolumen) an. Das Volumen der verwalteten Vermögen soll in den nächsten zwei Jahren mindestens verdoppelt werden. Das Veranlagungsthema wird in den kommenden Jahren eine beachtliche Rolle spielen. Wir sind daher zuversichtlich, dass sich unsere Investitionen der letzten Jahre in den Bereichen Vermögensverwaltung, Depotbankfunktion und Spezialfondsmanagement weiterhin sehr positiv auf unsere weitere Geschäftsentwicklung auswirken werden.

Die Hypo Vorarlberg ist regional stark verankert und möchte dies auch bleiben. Diese Verbundenheit mit der Region und den Kunden hat die Hypo Vorarlberg im abgelaufenen Geschäftsjahr u. a. durch zahlreiche Aktionen und individuelle Hilfsmaßnahmen für Vorarlberger Hochwasseropfer (Hypo-Hochwasser-Fonds, günstiger Hypo-Soforthilfekredit, Investitionszuschuss für Firmenkunden) zum Ausdruck gebracht.

Durch eine noch stärkere Fokussierung und Optimierung des Filial- und Vermittlervertriebes möchte die Hypo Vorarlberg zusätzliche Marktanteile in ihren Kernmärkten gewinnen. Nach der Einrichtung von regionalen Kommerzcentern ist nun sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundenbereich eine neue Kundensegmentierung und eine darauf abgestimmte Beraterzuordnung in Umsetzung. Darüber hinaus will die Hypo Vorarlberg im Kommerzgeschäft das Segment Syndizierungen und Konsortialfinanzierungen forcieren und das Auslandsservice für ihre Kunden verstärken.

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN

3.1. Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken als gemeinsames Emissionsinstitut der Hypo-Banken für großvolumige Emissionen steigerte das Volumen der für die Hypo-Banken durchgeführten Emissionen auf 9,5 Mrd. Euro.

Nach dem Pfandbriefstelle-Gesetz vom April 2004 gelten für die solidarische Haftung der Länder sowie der Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle folgende Übergangsbestimmungen:

Verbindlichkeiten, die bis einschließlich 2. 4. 2003 bestehen, fallen unabhängig von ihrer Laufzeit unter die bestehende Haftungsregelung. Verbindlichkeiten, die innerhalb der vierjährigen Übergangsfrist, somit bis 1. 4. 2007 begründet werden, fallen weiterhin unter die bestehende solidarische Haftung, falls ihre Laufzeit nicht über den 30. 9. 2017 hinausgeht.

Das seit dem Jahr 2001 bestehende Debt Issuance Programm mit der Deutsche Bank AG wurde zuletzt im Juni 2005 auf ein Volumen von 10 Mrd. Euro erhöht und auf ein weiteres Jahr verlängert.

Die Emissionen der Pfandbriefstelle werden von der Rating Agentur Moody's bis mit AAA bewertet.

Seit Mitte 2005 befindet sich das Front und Back Office der Pfandbriefstelle in der Zentrale in Wien, davor war das Front Office bei der Hypo Vorarlberg in Bregenz angesiedelt.

3.2. Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.

Die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. wurde im Jahr 1977 von den österreichischen Landes-Hypothekenbanken als Holding-Gesellschaft für dauernde Beteiligungen, welche im Interesse aller oder mehrerer Landes-Hypothekenbanken gelegen sind, begründet.

Die Gesellschaft hielt per Ende 2005 Beteiligungen an den Gesellschaften Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme Ges.m.b.H, Wiener Börse AG, STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H., A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr Ges.m.b.H. sowie indirekt an der Österreichischen Lotterien Ges.m.b.H.

3.3. Hypo-Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.

Für alle Marktteilnehmer überraschend präsentierte sich 2005 als das bisher beste Jahr der österreichischen Investmentfondsbranche. Nach dem Rekordjahr 1999 mit einem Zuwachs von 24,7 Mrd. Euro konnten die 23 Wertpapierkapitalanlagegesellschaften im abge-

HYPO-VERBAND 2005

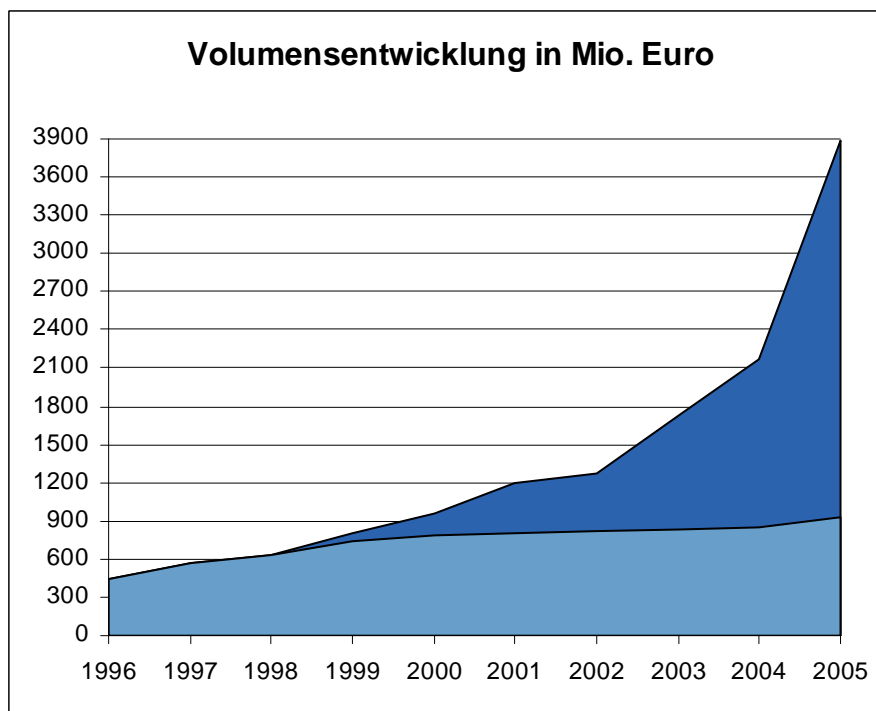
laufenden Jahr 30,8 Mrd. Euro an Zuwachs verbuchen. Dies entspricht einer Steigerung um 24,6 % auf 155,6 Mrd. Euro. Der Nettoanteilsabsatz betrug im Jahr 2005 20,6 Mrd. Euro.

Die HYPO-KAG konnte zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft im Jahr 2005 das Volumen von 2.180,87 Mio. Euro auf 3.881,86 Mio. Euro ausweiten. Dies entspricht einer Volumenausweitung von 78 %. Damit befindet sich die HYPO-KAG nun auf Platz 12 von 23 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften (Vorjahr Platz 15 von 23 Kapitalanlagegesellschaften). Der Nettoanteilsabsatz betrug im Jahr 2005 1.028,56 Mio. Euro. Das sind 4,96 % des gesamten Nettoanteilsabsatz der österreichischen Kapitalanlagegesellschaften.

Mit Jahresende 2005 verwaltete die HYPO-KAG 66 Wertpapierfonds, davon 43 reine Publikumsfonds mit einem Volumen von 1.959,26 Mio. Euro und 23 Fonds mit einem Volumen von 1.922,60 Mio. Euro für institutionelle Anleger.

Auch die Performanceergebnisse waren im Jahr 2005 außergewöhnlich: Alle Fonds der Hypo-KAG konnten im Jahr 2005 eine positive Performance ausweisen. Die Bandbreite der Jahresperformance 2005 reicht dabei von + 59,77 % (Ostvalor – osteuropäische Aktien) bis zu + 2,11 % (Hypo-Cash – geldmarktnaher Rentenfonds).

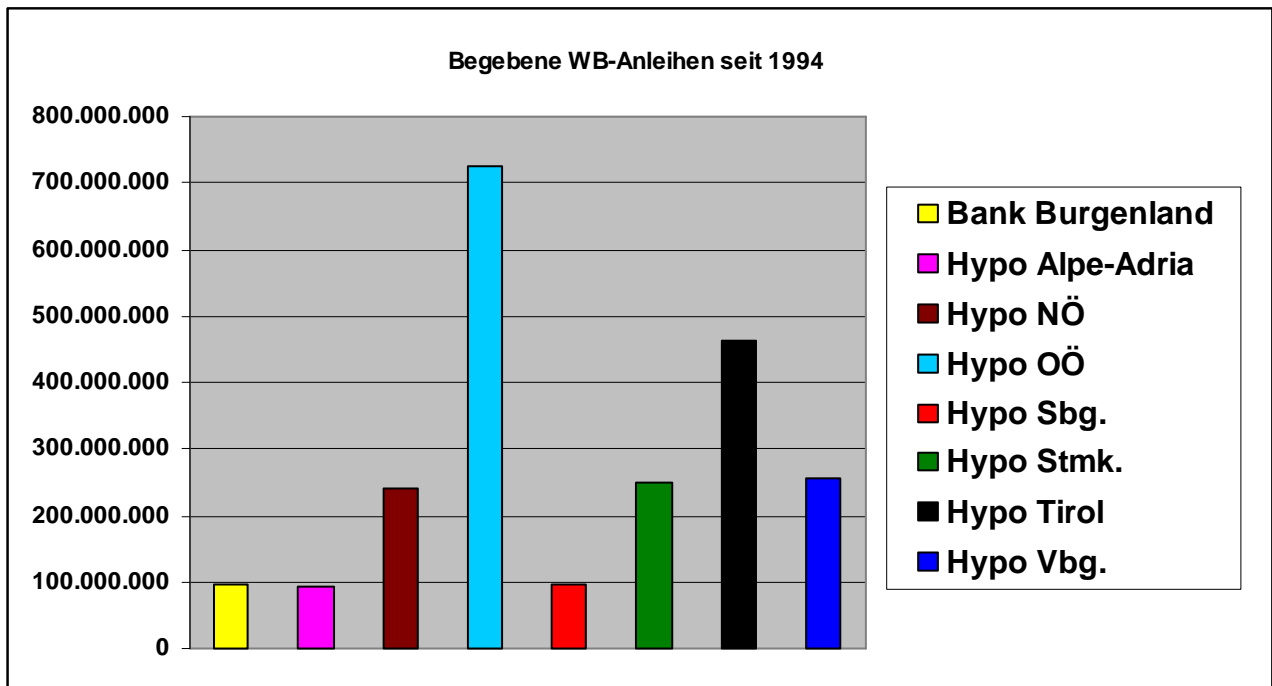
Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den österreichischen Hypothekenbanken wird 2006 fortgesetzt. Nach dem volumenstarken Jahr 2005 gehen wir für 2006 davon aus, dass wir uns zumindest im Gleichschritt mit dem österreichischen Fondsmarkt bewegen werden.



Die Darstellung zeigt auf, dass durch Fondsneugründungen und –übernahmen entsprechendes Neuvolumen (dunkelblau) generiert werden konnte.

3.4. Hypo-Wohnbaubank AG

Die erfolgreiche Entwicklung der Hypo-Wohnbaubank wurde auch im Jahr 2005 fortgesetzt. Mit rund 437 Mio. Euro Emissionsvolumen konnte das stärkste Vorjahresergebnis von 448,3 Mio. Euro auf hohem Niveau gehalten werden. Als Spezialbank, die ausschließlich das Wohnbaugeschäft des Sektors entsprechend den gesetzlichen Vorgaben refinanziert, hat die Hypo-Wohnbaubank bisher rd. 2.219,6 Mio. Euro emittiert. Auch im Jahr 2006 ist von einer guten Nachfrage von Wohnbauleihen auszugehen.



III. GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

1.1. Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens, zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder seit der Spaltung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG nunmehr neun Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die Bank Austria Creditanstalt AG.

Wichtigstes Organ des Verbandes ist die Direktorenkonferenz, in dem alle Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind. Sie trat im Berichtsjahr zu fünf tourlichen Sitzungen zusammen.

1.2. Fachverband

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den neun Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. und die Hypo-Wohnbaubank AG.

Im Zuge einer geplanten Reform der Fachverbandsorganisation steht eine Reduktion der Anzahl der Fachverbände auch im Bereich der Kreditwirtschaft zur Diskussion. Am 24.11.2005 wurde vom Wirtschaftsparlament die entsprechende Reform beschlossen, wodurch die Reduktion der Anzahl der Fachverbände um mehr als ein Drittel angestrebt wird. Sollten diese Reformvorschläge dazu führen, dass die im Bereich der Kreditwirtschaft bestehende Verbandsstruktur (Banken, Sparkassen, Raiffeisenbanken, Volksbanken und Landes-Hypothekenbanken) nicht auch weiterhin auf Ebene der Wirtschaftskammer abgebildet wird, sind derartige Reformvorschläge vehement abzulehnen.

1.3. Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.

Die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. ist die gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung des Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken. Die Gesellschaft hat als Einlagensicherung des Sektors auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Weiters ist das gesetzlich vorgeschriebene Früherkennungssystem aufrechtzuerhalten.

Im Zuge einer Konsultation einer Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Einlagensicherungssysteme war eine deutliche Präferenz der Kommission für ex ante finanzierte Systeme erkennbar. Die österreichische Kreditwirtschaft vertrat dazu die Meinung, dass Fragen der Finanzierung von Einlagensicherungssystemen den nationalen Gesetzgebern vorbehalten bleiben sollten. Verpflichtende Fondslösungen oder gar eine europaweite Einlagensicherung sind aus Sicht der österreichischen Kreditwirtschaft abzulehnen.

1.4. Hypo-Bildung

Ein Schwerpunkt im **Bereich Training** waren auch 2005 die "standardisierten" Ausbildungswege der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung mit insgesamt über 2.300 Teilnehmertagen.

26 Mitarbeiter konnten die eher "generalistisch" angelegte Fachausbildung erfolgreich abschließen, die tätigkeitsorientierten Fachlaufbahnen konnten 15 Mitarbeiter erfolgreich beenden. Beide Ausbildungswege dauern 2 Jahre und umfassen jeweils 2 (schriftliche und mündliche) Teilprüfungen, bei der Fachlaufbahnausbildung kommt noch eine von jedem Teilnehmer zu verfassende "Facharbeit" hinzu. Der erfolgreiche Abschluss wird entsprechend zertifiziert. Aufgrund einer Vereinbarung mit der Österreichischen Bankwissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) wird ab 2006 der erfolgreiche Abschluss der Fachlaufbahn "Freie Berufe-/Privatkundenberater" als "**Anlageberaterprüfung**", der ersten Stufe zum Certified Financial Planner, anerkannt.

Die 2003 in enger Zusammenarbeit mit der HYPO TIROL BANK AG in Innsbruck und Bozen ins Leben gerufene **Ausbildungsschiene "Südtirol"** wurde 2005 mit einem weiteren Kurs der "Grundausbildung Südtirol" fortgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt waren im vergangenen Jahr **Seminare zu speziellen Fachthemen** wie zum Beispiel "Besicherungsvereinbarungen ("Collaterals") zu Rahmenverträgen", "Kreditderivate", "Einfache und exotische Optionen", "Fixed Income-Analyse und Portfoliomanagement", "Aktienanalyse", "Asset Backed Securitites" und "Zinsderivate".

Im Bereich "Sozial- und Verkaufskompetenz" wurden u.a. die Themen "Konfliktmanagement", "Rhetorik", "Teamdiagnose und Teamentwicklung" sowie "Dienstleistungsmarketing" abgedeckt.

Ergänzend zu den Zertifikatsausbildungen bietet die HYPO-Bildung eine Vielfalt anderer Trainings an, die zum Teil auch regional und maßgeschneidert für die eine oder andere HYPO-BANK veranstaltet werden.

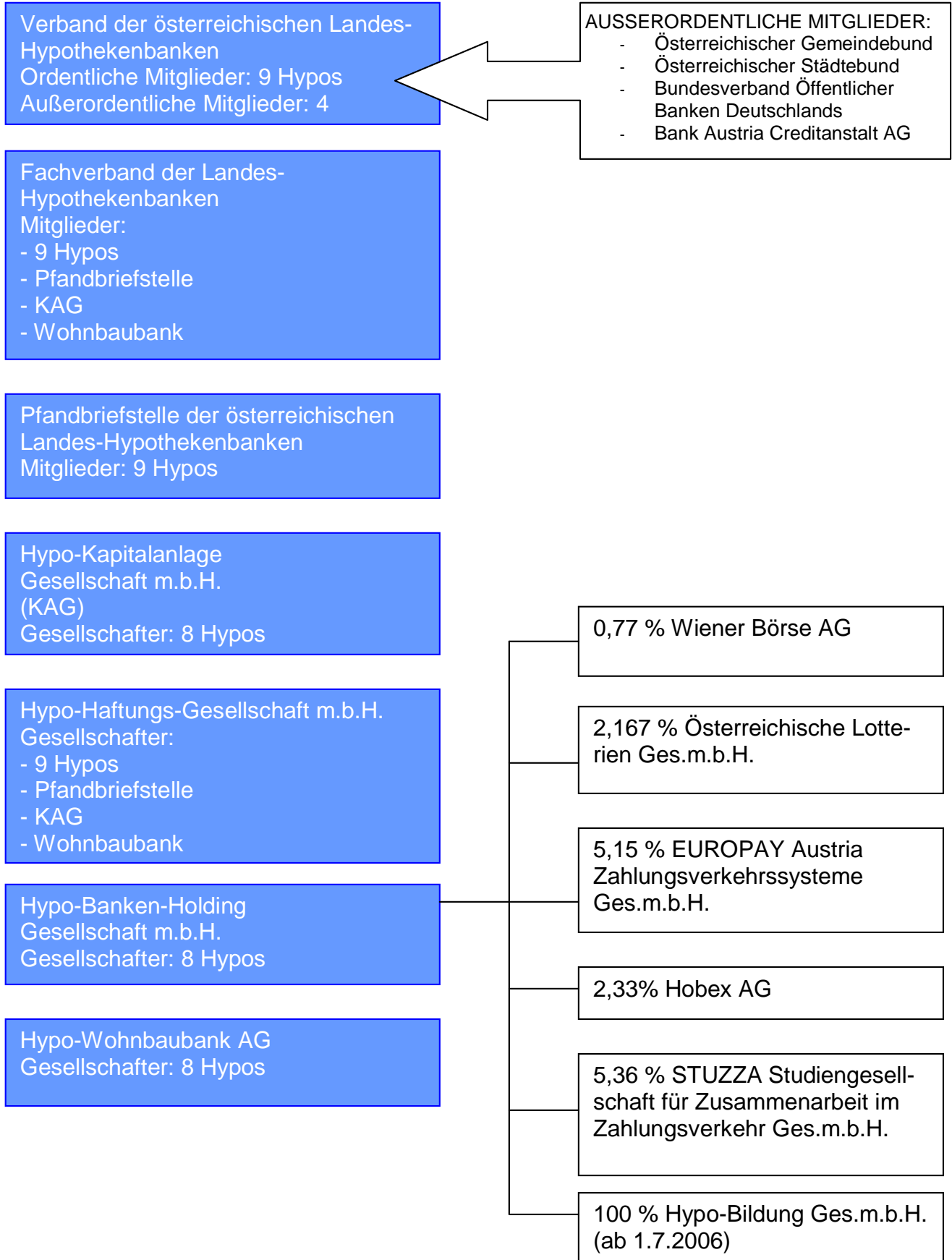
E-learning bildet seit langem einen weiteren Schwerpunkt der HYPO-Bildung. Das elektronische HYPO-BANK-Kompendium wurde stetig ergänzt und um neue Inhalte (z.B. "Fit am Arbeitsplatz"), WBTs und Testprogramme (z.B. "Doppelte Buchhaltung", "EU-Zinsensteuer") erweitert.

Im Herbst 2005 wurde das Projekt "**Mobile learning**" gestartet mit dem Ziel, "Informationselemente" aus dem HYPO-BANK-Kompendium Mitarbeitern (insbesondere im Außendienst) auf der technologischen Basis "Handy" bzw. "PDA" als Performance Support am Point of sale zur Verfügung zu stellen. Die ersten Tests verliefen viel versprechend.

Mitte 2005 wurden seitens der Direktorenkonferenz die Weichen gestellt für die Ausgliederung der HYPO-Bildung in eine eigene **HYPO-Bildung GmbH**, die Mitte 2006 operativ tätig werden wird. Diese Umstrukturierung soll es der HYPO-Bildung ermöglichen, selektiv am Bildungsmarkt zu expandieren und ihr profundes Know-how einer größeren Zielgruppe zur Verfügung zu stellen.

Alle Bildungsmaßnahmen haben ein Ziel: den HYPO-BANK-Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

HYPO-VERBAND 2005



*) durchgerechnete Anteile (Stand per 31.5.2006)

IV. INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE

1.1. Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)

Der Hypo-Verband ist seit 1.1.2005 ordentliches Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken in Brüssel. Zum Generalsekretär dieses Verbandes, Direktor Henning Schoppmann, bestehen seit vielen Jahren aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für den Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands intensive und freundschaftliche Kontakte. Der EAPB stellt für den Hypo-Verband als nationalen Verband eine wichtige Informationsquelle und Ansprechstelle für kreditwirtschaftliche Themen auf europäischer Ebene dar.

Die Mitgliedschaft zum Europäischen Hypothekenverband wurde per 31.12.2004 beendet.

1.2. Deutschland

Besonders enge Beziehungen bestehen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), der über ein qualitativ hochstehendes Informationssystem verfügt. Es finden regelmäßige Treffen mit dem Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Boos statt, um durch ein abgestimmtes Vorgehen die Erfolgsaussichten bei wichtigen EU-Richtlinienvorhaben auf Brüsseler Ebene zu verbessern. Bei derartigen Treffen nimmt üblicherweise auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der österreichischen Wirtschaftskammer, Syndikus Dr. Herbert Pichler, teil.

1.3. Schweiz

Sehr gute Kontakte bestehen auch zum Verband Schweizerischer Kantonalbanken unter ihrem Direktor Carlo Mati, welcher ebenfalls an den gemeinsamen Geschäftsführertreffen mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands teilnimmt.

Zwischen den Kantonalbanken und den Landes-Hypothekenbanken bestehen zum Teil starke strukturelle Ähnlichkeiten bedingt durch die konsequente Ausrichtung auf definierte Wirtschaftsräume.

V. ORGANE

PRÄSIDIUM

Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma	Präsident
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer	Vizepräsident
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer	Vizepräsident

DIREKTORENKONFERENZ

Die Direktorenkonferenz setzt sich aus den Vorstandsvorsitzenden der Hypos oder deren Vertretern zusammen und tagt durchschnittlich fünfmal im Jahr.

LÄNDERBEIRAT

Burgenland:

Landesrat Helmut Bieler
Generaldirektor Kommerzialrat
Dr. Wolfgang Ulrich

Kärnten:

Landeshauptmann Dr. Jörg Haider
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer

Niederösterreich:

Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka
Generaldirektor Kommerzialrat
Ing. Mag. Werner Schmitzer

Oberösterreich:

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
Generaldirektor
Dr. Andreas Mitterlehner

HYPO-VERBAND 2005

Salzburg:

Landeshauptmann-Stv. Dr. Othmar Raus
Generaldirektor Kommerzialrat
Dr. Reinhard Salhofer

Steiermark:

Landesrat Dr. Christian Buchmann
Generaldirektor Kommerzialrat
Dkfm. Alfred Goger

Tirol:

Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa
Generaldirektor Dr. Hannes Gruber

Vorarlberg:

Landeshauptmann
Dr. Herbert Sausgruber
Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma

VERBANDSSEKRETARIAT

Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger
Mag. Dietmar Rupar
Mag. Wolfgang Wild
Mag. Bernhard Freudenthaler
Mag. Gudrun Mühlbeck

Geschäftsführer (ab 1.10.2005)
Geschäftsführer (bis 30.9. 2005)
Leiter Hypo-Bildung

(seit 1.1.2006)

VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN

Brucknerstraße 8, 1043 Wien, Tel. Nr. +43 (0)1/505 87 32-0, Telefax Nr. +43 (0)1/505 87 32-20,
verband@hypoverband.at; www.hypoverband.at

ORDENTLICHE MITGLIEDER

HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	7000 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605 Serie Telefax +43 (0) 2682/605 209 www.bank-bgld.at	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Kommerzialrat Dr. Wolfgang Ulrich
		Direktor Gerhard Nyul
HYPO ALPE-ADRIA- BANK INTERNATIONAL AG	9010 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3899 www.hypo-alpe-adria.com	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. Wolfgang Kulterer
		Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Mag. Günter Striedinger
		Direktor Thomas Morgl, MBA
		Direktor Josef Kircher
HYPO ALPE-ADRIA- BANK AG	9020 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3112 www.hypo-alpe-adria.com	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Mag. Gert Xander
		Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes: Direktorin Mag. Andrea Maller- Weiß
		Direktor Mag. Ernst Eberhard
Niederösterreichische Landesbank- Hypothekenbank Aktiengesellschaft	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon +43 (0) 2742/4920 Telefax +43 (0) 2742/4920 1444 www.noehypo.at	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Kommerzialrat Ing. Mag. Werner Schmitzer
		Direktor Dr. Günter Matuschka
		Direktor Kommerzialrat Dr. Wilhelm Miklas
		Direktor Mag. Richard Juill
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639 Telefax +43 (0) 732/7639 205 www.hypo.at	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner
		Generaldirektor-Stv. Mag. Emil Lauß
		Vorstandsdirektor Mag. Dr. Reinhard Krausbar

SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK- AKTIENGESELLSCHAFT	5010 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 Serie Telefax +43 (0) 662/8046 3004 www.hyposalzburg.at	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Kommerzialrat Dr. Reinhard Salhofer
		Generaldirektor-Stellvertreter Kommerzialrat Mag. Dr. Günther Ramusch
		Vorstandsdirektor Dr. Clemens Werndl
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesell- schaft	8010 Graz Radetzkystraße 15 Telefon +43 (0) 316/8051 Telefax +43 (0) 316/8051 5264 www.hypobank.at	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Kommerzialrat Dkfm. Alfred Goger
		Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes: Vorstandsdirektor Dr. Edwin Knoll
		Vorstandsdirektor Mag. Dr. Robert Niesner
HYPO TIROL BANK AG	6021 Innsbruck Hypo-Passage 2 Telefon +43 (0) 50700 Telefax +43 (0) 50700 42103 www.hypotiro.com	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Dr. Hannes Gruber
		Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. Günter Unterleitner
		Direktor Werner Pfeifer
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	6901 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 5574/414 Telefax +43 (0) 5574/414 1050 www.hypovbg.at	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
		Direktor Mag. Dr. Johannes Hefel
		Direktor Mag. Dr. Michael Grahammer

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

Österreichischer Gemeindebund	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/5121480 Telefax +43 (0) 1/5121480 72 www.gemeindebund.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident
		v. Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
Österreichischer Städtebund	1082 Wien 8 Rathaus Telefon +43 (0) 1/4000 89985 Telefax +43 (0) 1/40009989980 www.staedtebund.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	D-10832 Berlin Lennéstraße 17 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222 www.voeb.de	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer
Bank Austria Creditanstalt AG	1020 Wien Lassallestraße 1 Telefon +43 (0) 33147 5600 Telefax +43 (0) 33147 6932 www.ba-ca.com	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Alfred Simon

PFANDBRIEFSTELLE

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes- Hypothekenbanken	1043 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/5058732-0 Telefax +43 (0) 1/5058732-64	Vorstand:
		Dr. Christoph Hiesberger
		Dr. Hannes Leitgeb
		Mag. Dietmar Rupar (bis 30.6.2005)

(Stand: Mai 2006)

VI. ZWEIGSTELLEN

HYPO-BANK BURGENLAND AG

Zentrale:	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
Filialen:	1090 Wien, Kolingasse 12	+43 (0) 1/4060460
	2491 Neufeld/Leitha, Hauptstraße 55	+43 (0) 2624/52668
	7000 Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7071 Rust/See, Hauptstraße 6	+43 (0) 2685/205
	7100 Neusiedl/See, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/2271
	7111 Parndorf, Wirtschaftspark, Straße 2	+43 (0) 2166/3663
	7132 Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/2544
	7201 Neudörf/Leitha, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/77341
	7210 Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/67570
	7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/42193
	7400 Oberwart, Hauptplatz 11, Atrium	+43 (0) 3352/38913
	7400 Oberwart, Dornburggasse 80, LKH	+43 (0) 3352/32841
	7540 Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/43437
8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/45382	

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202-0
Filialen:	1010 Wien, Stock-im-Eisen-Platz 3	+43 (0) 50202-6900
	4020 Linz, Stifterstraße 31	+43 (0) 50202-5601
	5020 Salzburg, Hellbrunnerstraße 9a	+43 (0) 50202-5202
	9020 Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202-0
	9020 Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020 Klagenfurt, Feschnigstraße 17	+43 (0) 50202-6800
	9020 Klagenfurt, Landeskrankenhaus	+43 (0) 50202-6850
	9020 Klagenfurt, Universitätsstr. 65-67	+43 (0) 50202-5501
	9100 Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9220 Velden, Seecorso 4 / Gemonaplatz	+43 (0) 50202-5700
	9300 St. Veit/Glan, Platz am Graben 3	+43 (0) 50202-6750
	9400 Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400 Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9411 St. Michael, St. Michael 26	+43 (0) 50202-5050
	9412 St. Margarethen, St. Margarethen 36	+43 (0) 50202-5100
9413 St. Gertraud, St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500	

	9461 Prebl, Prebl 70A	+43 (0) 50202-5000
	9470 St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500 Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560 Feldkirchen, Tibelzentrum, 10.-Oktober-Straße 17	+43 (0) 50202-6700
	9620 Hermagor, Gasser-Platz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800 Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150
	D-80336 München, Herzog-Heinrich- Straße 20	+49 (0) 89 92008-0

HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202-0
Repräsen- tanz:	B-1050 Brüssel, Rue Wiertz 50/28	+32 2 401 87-52

NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK-HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 2742/4920
Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 1/905 0050
	1010 Wien, Herrengasse 10	+43 (0) 1/533 32 37
	1040 Wien, Operngasse 21	+43 (0) 1/586 55 91
	1060 Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 1/597 32 42
	1090 Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 1/317 74 65
	1140 Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 1/914 56 25
	1210 Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 1/271 86 57
	2020 Hollabrunn, Lothringerplatz 12	+43 (0) 2952/30785
	2100 Korneuburg, Wiener Straße 4	+43 (0) 2262/90600
	2130 Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 2572/20 402
	2301 Groß Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 2249/36 07
	2340 Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 2236/42480
	2380 Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 1/ 869 04 98
	2460 Bruck/Leitha, Wiener Gasse 3	+43 (0) 2162/66351
	2500 Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 2252/41 289
2620 Neunkirchen, Herrengasse 15	+43 (0) 2635/90 818	

	2700 Wiener Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 2622/23 357
	2700 Wiener Neustadt, Hauptplatz 16	+43 (0) 2622/284 20
	3100 St. Pölten, LH-Boulevard Haus 3/25	+43 (0) 2742/258020
	3300 Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 7472/684 81
	3390 Melk, Jakob Prandtauer- Straße 9	+43 (0) 2752/52452
	3400 Klosterneuburg, Nieder- markt 9-11	+43 (0) 2243/30698
	3430 Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 2272/652 05
	3500 Krems, Mitterweg 10 A	+43 (0) 2732/706 40
	3500 Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 2732/875 61
	3580 Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 2982/2970
	3910 Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 2822/531 75
Repräsen- tanz:	SK-81103 Bratislava, Suché Mýto 1, Top 306	+421 254 64141
	CZ-110 00 Praha 1, Soukenická 13	+420 296 580
	H-1053 Budapest, Károly Mihály u. 12	+36 132 8502-0

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Zentrale:	4010 Linz, Landstraße 38/Rudigierstr. 4	+43 (0) 732/76 39-0
Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 30/3	+43 (0) 1/7969820
	4020 Linz, Bahnhofplatz 2 / Kärntnerstraße	+43 (0) 732/65 63 90
	4020 Linz, Am Bindermichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020 Linz, Eurocenter-Oed / Europastraße 12	+43 (0) 732/38 12 07
	4020 Linz, Eisenhandstraße 28	+43 (0) 732/ 77 83 91
	4030 Linz, solarCity, Lunaplatz 1	+43 (0) 732/32 00 26
	4040 Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040 Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040 Linz, Neues Rathaus/Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29
	4401 Steyr, Wehrgrabengasse 18	+43 (0) 7252/74088
	4601 Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 8 81
	4780 Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840 Vöcklabruck, Dr.-Anton-Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 4 44
	4910 Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 9 22
Zahlstellen:	4020 Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15	+43 (0) 732/66 00 03
	4400 Steyr, LKH, Sierninger Straße 170	+43 (0) 7252/71174
	4840 Vöcklabruck, LKH, Dr. Wilhelm Bock-Straße 1	+43 (0) 7672/21 255

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	5020 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046-0
Filialen:	5020 Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046-0
	5020 Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/431397-0
	5020 Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16	+43 (0) 662/877475-0
	5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/881238-0
	5020 Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79 a	+43 (0) 662/430455-0
	5020 Salzburg, Aigner Straße 4a	+43 (0) 662/620411-0
	5071 Wals-Siezenheim, Bundesstraße 16	+43 (0) 662/854990-0
	5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/453660-0
	5110 Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/5161-0
	5201 Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/7320-0
	5202 Neumarkt a. W., Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/7452-0
	5340 St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/7975-0
	5400 Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/84351-0
	5431 Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/7625-0
	5500 Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/3452-0
5541 Altenmarkt, Hauptstraße 40	+43 (0) 6452/6486-0	

	5580 Tamsweg, Postplatz 110	+43 (0) 6474/6900-0
	5582 St. Michael/Lg., Poststraße 6	+43 (0) 6477/8611-0
	5600 St. Johann/Pg., Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/8881-0
	5700 Zell am See, Postplatz 1	+43 (0) 6542/72400-0
	5730 Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/4431-0
	5760 Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/72644-0
Zahlstellen:	5020 Salzburg, Bankshop Europark, Europastraße 1	+43 (0) 662 43 34 65-0

LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Zentrale:	8011 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
Filialen:	8010 Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-5821
	8010 Graz, Paulustorgasse 4	+43 (0) 316/8051-5851
	8010 Graz, Plüddemanngasse 96	+43 (0) 316/8051-5861
	8020 Graz, Peter Tunner-Gasse 34	+43 (0) 316/8051-5831
	8053 Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-5841
	8280 Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230
	8330 Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5012
	8430 Leibnitz, 27. Jännerstraße 2	+43 (0) 3452/71133
	8530 Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8600 Bruck/Mur, Koloman-Wallisch-Platz 22	+43 (0) 3862/51852
	8750 Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8940 Liezen, Hauptstraße 17	+43 (0) 3612/25377
	8970 Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453
Zahlstellen:	8020 Graz, LKH Graz West, Göstingerstraße 22	+43 (0) 316/8051-5808
	8282 Loipersdorf, Therme Loipersdorf, Loipersdorf 215	+43 (0) 3382/8373
	8330 Feldbach, LKH, Ottokar Kernstock-Str. 18	+43 (0) 3152/5012-5794
	8530 Deutschlandsberg, LKH, Radpassstraße 29	+43 (0) 3462/4340-5778

HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6021 Innsbruck, Hypo-Passage 2	+43 (0) 50700
Filialen:	1010 Wien, Renngasse 9	+43 (0) 50700-5200
	2344 Maria Enzersdorf, Südstadtzentrum 24/E	+43 (0) 50700-5700
	6020 Innsbruck, Viktor-Franz-Hess- Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020 Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020 Innsbruck, Erzherzog-Eugen- Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020 Innsbruck, Amraser Straße 25	+43 (0) 50700-7300
	6020 Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6021 Innsbruck, Leopoldstraße 3	+43 (0) 50700-7000
	6060 Hall i. T., Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6100 Seefeld, Innsbrucker Straße 25	+43 (0) 50700-5100
	6130 Schwaz, Andreas-Hofer- Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166 Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290 Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300 Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330 Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
6370 Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600	
6380 St. Johann, Speckbacher- straße 29	+43 (0) 50700-7600	

	6410 Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400
	6460 Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900
	6500 Landeck, Malsersstraße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600 Reutte, Obermarkt 18	+43 (0) 50700-1900
	9900 Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	D-80335 München, Bayerstraße 33	+49 (0) 89 55 21 37-0
	I-39100 Bozen, Waltherplatz 2	+39 0471 066319
	I-38100 Trient, Via Oss Mazzurana 57	+39 0461 1730173

VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 5574 414-0
Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 1/513 89 29-0
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 49	+43 (0) 7242/21 06 24-0
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 5552/633 47-0
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 5583/25 78-0
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 5556/739 76-0
	6793 Gaschurn, HNr. 6b	+43 (0) 5558/87 22-0
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 5522/736 01-0
	6800 Feldkirch, Landeskrankenhaus	+43 (0) 5522/787 72-0
	6830 Rankweil, Landeskrankenhaus	+43 (0) 5522/787 72-2611
	6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 5522/453 30-0
	6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 5523/624 51-0
	6845 Hohenems, Bahnhofstraße 19	+43 (0) 5576/737 81-0
	6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 5572/246 53-0
	6850 Dornbirn, Messestraße 2 (Messepark)	+43 (0) 5572/295 80-0
	6863 Egg, Wälderpark, HNr. 940,	+43 (0) 5512/21 44-0
	6890 Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 5577/836 11-0
	6900 Bregenz, Römerstraße 2 (GWL)	+43 (0) 5574/458 52-0

	6900 Bregenz, Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 5574/843 30-0
	6923 Lauterach, Achpark, Dammstraße 2	+43 (0) 5574/706 00-0
	6971 Hard, Landstraße 9	+43 (0) 5574/784 02-0
	6973 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 5578/722 72-0
	6991 Riezlern, Walsenstraße 31	+43 (0) 5517/50 01-0
	6993 Mittelberg, Walsenstraße 62	+43 (0) 5517/55 91
	8010 Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 316/81 64 70-0
	CH-9004, St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.
Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger.
Alle A-1040 Wien, Brucknerstraße 8.